

Mandantenbrief

für den deutsch-italienischen Rechtsverkehr

Lettera ai clienti

per i rapporti giuridici italo-tedeschi

1.25

60325 Frankfurt am Main · Arndtstraße 34-36
Telefon 069 - 92 07 15-0 · Telefax 069 - 28 98 59
email: info@dolce.de · www.dolcelauda.com

Nach Redaktionsschluss erreichte uns ein interessantes Urteil des OLG Stuttgart v. 11.06.2025, 4 U 136/24); danach endet die Wirkung des italienische Kulturschutzgesetzes, dass die italienische Kultur weltweit schützen sollte, an der italienischen Staatsgrenze. Das staatliche venezianische Museum Galleria dell'Accademia, in dem das Original des weltweit bekannten Vitruviasischen Menschen von Da Vinci ausgestellt ist (einfach erklärt, der Mensch mit den vielen Armen), klagte vergeblich gegen einen deutschen Puzzlehersteller, der das Werk in 1000 Teilen verkauft, auf Unterlassung der Nutzung des Bildes.

Es ist eine interessante Frage, ob Kultur gegen ihre Kommerzialisierung geschützt werden soll, oder ob man der Verbreitung freien Lauf lassen sollte. Der italienische Staatsrat hat jedenfalls noch die Möglichkeit, Rechtsmittel an den BGH einzulegen. Einem nationalen Gesetz weltweite Wirkung zuzusprechen, ist jedenfalls mutig!

All'ultimo momento ci è pervenuta un'interessante sentenza della Corte d'Appello di Stoccarda dell'11 giugno 2025, 4 U 136/24), secondo la quale l'efficacia del Codice dei beni culturali e del paesaggio, che avrebbe dovuto proteggere la cultura italiana in tutto il mondo, cessa ai confini dello Stato italiano. Il museo statale veneziano Galleria dell'Accademia, dove è esposto l'originale del famoso Vitruviano di Da Vinci (in parole povere, l'uomo con le molte braccia), ha intentato senza successo una causa contro un produttore tedesco di puzzle che vende l'opera in 1000 pezzi, chiedendo la cessazione dell'uso dell'immagine.

È interessante chiedersi se la cultura debba essere protetta dalla commercializzazione o se si debba lasciare libera la sua diffusione. Lo Stato italiano ha comunque ancora la possibilità di ricorrere alla Corte Federale. Attribuire a una legge nazionale un effetto universale è comunque coraggioso!

Aus dem Inhalt - All'interno

Neues aus dem Weltraum: Microsoft ist Hilfssheriff	2
Ultime dalla Germania: Calcio federale senza ala destra	3
Informationen für Kollegen: Hohe Rechnungen schaffen Recht	4
Proprietà Intellettuale: Mucche nel deserto	5
Arbeitsrecht: Provision in Kryptowährung	6
Diritto successorio: Novità sull'imposta di successione	7
Familienrecht: Leibmutter, Wunschkinder	8
Pagina Immobiliare: Cosa cambia 2025	9
Gesellschaftsrecht: Kontrolle des Gesellschafters einer srl	10
Diritto societario: obblighi dell'amministratore infedele	11
Verfahrensrecht: Fiskus stellt immer zu	12
Concorso a premi: Unterschleif?	13
Verbraucherrecht: Schaden aus Kontrollverlust	14
Distribuzione: Nuovo AEC über il settore commercio	15
Neues aus Europa: Kriterien für Bonitätsprüfung	16



Tutta cromata.

Battisti schlägt Sony (Seite 4)

Battisti batte Sony! (Pag. 5)



NEUES AUS DEM WELTRAUM

Microsoft ist der Hilfssheriff und Internet wird abgeschaltet

Was Italien und Deutschland (und die EU insgesamt) miteinander verbindet, ist die Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten. Die öffentliche Diskussion in beiden Staaten konzentriert sich auf die Fähigkeit, sich militärisch vor Aggressoren verteidigen zu können. Nicht ganz im Fokus steht die Gefahr, dass unsere zivile Infrastruktur abgebaut werden könnte. Im Alltag sind wir alle von Microsoft und Apple abhängig.

Dies zeigt der Fall des Chefanklägers des internationalen Strafgerichtshofs, Karim Khan, dem Microsoft ohne Vorankündigung das E-Mail-Konto im Mai 2025 sperrte (siehe apnews.com, Meldung vom 15.05.2025, 11:26). Microsoft betätigt sich als „Hilfssheriff“ der Trump-Administration (so Krempel. In Heise.de vom 18.05.2025), die den IStGH für den Haftbefehl gegen Netanjahu sanktioniert. Weder Deutschland noch Italien verfügen über die digitale

Souveränität und jede unliebsame Kommunikation kann folglich in Zukunft abgeschaltet werden.

Eine Stufe höher wird es noch brenzlicher. Der Weltraum gehört allen Staaten, er ist ein hoheitsfreier Gemeinschaftsraum nach Art. 1 des Weltraumvertrages. Kartellrechtliche Bestimmungen sind im Weltraum nicht anwendbar und Elon Musk kann daher unbeschränkt tätig werden; sein „Starlink“ verfügt schon über 7.000 Satelliten, 40.000 sollen es werden. Prof. Schladenbach, deutscher Weltraumexperte an der Universität Potsdam, wurde in der NJW 3/2025 (aktuell, S12) gefragt, ob Musk das Internet einfach abschalten könne. Seine Antwort: „Da Elon Musk seine Internetdienstleistungen über privatrechtliche Verträge anbietet, steht es ihm unter Einhaltung der vereinbarten Kündigungsfristen jederzeit frei, die Versorgung mit Internet zu beenden.“ So ist es.

Umso wichtiger wird es, demokratisch kontrollierbare Alternativen zu schaffen. Sonst wird in Deutschland der Morgenthauplan doch noch Realität!

NEUES AUS ITALIEN

Land der Feuer – EGMR verurteilt Italien

Italien hat zu wenig unternommen, um die Bewohner in dem Dreieck Neapel/Caserta/Nola vor den gesundheitlichen Folgen der illegalen Müllverbrennung zu schützen und ist vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte dazu verurteilt worden, einen unabhängigen Überwachungsmechanismus und eine Plattform zur Information der Öffentlichkeit einzurichten (Urteil v.30.01.2025, Beschwerde 51567/14).

Der italienische Staat hatte sich damit verteidigt, schon viele Maßnahmen zum Schutze der Bevölkerung ergriffen zu haben; dem Gerichtshof waren diese nicht genug und insbesondere die Anzahl der strafrechtlich abgeurteilten Fälle (nur 7 Verurteilungen!) zeugten nicht von einem besonderen Elan der Behörden.

Plötzlich Zölle – wer zahlt?

Das Allzweckheilmittel des amerikanischen Präsidents führt zu rechtlichen Fragen bei grenzüberschreitenden Lieferverträgen: Wer zahlt die neuen Zölle? Haben sich die Parteien in ihren Verträgen auf die Incoterms bezogen, gilt folgendes:

Wenn die Parteien „DDP“ (Delivery Duty Paid) vereinbart haben, muss der Lieferant die Ware verzollt und entladebereit am vereinbarten Bestimmungsort zur Verfügung stellen. Der Lieferant trägt alle Kosten bis zur Ablieferung der Ware, einschließlich etwaiger Zölle. Bei „FOB“ (=Free on Board) hingegen bringt

der Lieferant die Ware nur an Bord des benannten Beförderungsmittels am Versendungsort und der Gefahrübergang erfolgt mit der Aufladung; der Abnehmer trägt ab dann alle Risiken und Kosten.

Falls vertraglich nichts geregelt ist und keine Incoterms einbezogen wurden, muss durch Vertragsauslegung ermittelt werden, wer die Zölle trägt. Gemäß § 448 Abs. 1 BGB trägt im Kaufvertrag der Verkäufer die Übergabekosten, der Käufer die Abnahme- und Versendungskosten. Zölle zählen zu den Versendungskosten und sind somit vom Käufer zu tragen. Nach italienischem Recht geht man mangels einer ausdrückli-

chen Regelung von einer Kostenlast des Käufers aus.

In der Praxis kann die Zolllast zu einer ernsthaften Gefährdung der Leistungsbereitschaft und Fähigkeit der Vertragsparteien führen. Grundsätzlich trägt der Verkäufer das Risiko – aber wenn die Grenzen des Voraussehbaren überschritten werden, kann sich nach deutschem Recht ein Recht auf Preisanpassung nach § 313 BGB ergeben. In der Coronazeit hat die Rechtsprechung hierzu viel Praxis sammeln können und die Situation erscheint vergleichbar. Ob Trump mit C19 verglichen werden sollte – das sollte dem Leser überlassen werden.

NEUES AUS DEUTSCHLAND

Definition von Rassismus

Nach Art. 3 Grundgesetz darf niemand wegen seiner Abstammung, Rasse, Heimat oder Herkunft benachteiligt oder bevorzugt werden. Seit Jahren ist in der Bundesrepublik eine Diskussion im Gange, ob der Begriff „Rasse“ zeitgemäß ist. Er erhält nach Auffassung der Kritiker durch eine Erwähnung im Grundgesetz einen wissenschaftlichen Anstrich, den er nicht verdient. Historisch gesehen war die Aufnahme sicherlich durch die Erfahrung mit dem Nationalsozialismus und dem herrschenden „Rassenwahn“ mehr als verständlich.

Wenn es auch keine „Rassen“ gibt, so gibt es sicherlich Rassismus, der in Deutschland strafrechtlich und zivilrechtlich (beispielsweise durch das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz, AGG) verfolgt wird. Daher ist eine klare Definition des Begriffs hilfreich und wurde noch von der Ampel Regierung durch die Staatsministerin Alabali-Radovan als Ergebnis der Arbeit eines 12-köpfigen Expertengremiums vorgestellt. Die Definition besteht aus 13 Sätzen und

kann hier eingesehen werden (<https://www.integrationsbeauftragte.de/resource/blob/1864320/2337298/867de6459981a576f7887dec3363ecb2/broschue-re-rassismusdefinition-data.pdf?download=1>)

Parlamentarischer Fußball in der demokratischen Mitte

Die demokratischen Parlamentarier im Bundestag sehen wenig Berührungspunkte mit der rechtsextremen Partei „AfD“ und müssen sich gegen allerlei Anträge der AfD-Fraktion wehren, größtenteils mit Erfolg. So hat das Bundesverfassungsgericht mit Urteil vom 18. September 2024 - 2 BvE 1/20 geklärt, dass die AfD-Fraktion kein Recht auf Wahl eines Ausschussvorsitzenden habe. Erfolg hatte die AfD dagegen vor dem LG Berlin II (11-03.2025, 85 O 64/24); sie klagte auf Aufnahme in den FC Bundestag, dem einzigen Fußballverein des Bundestages, in dem aktive und ehemalige Abgeordnete aller Parteien kicken, und erhielt recht.

Ob das Urteil rechtskräftig ist, ist der Redaktion unbekannt. Aus der aktuellen Mannschaftsaufstel-

lung (<https://www.fc bundestag.de/>) ergeben sich aktuell keine rechten Stürmer.

Fußball kein Allgemeingut

Die Länder können nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (14.01.2025, 1 BvR 548/22) in Zukunft den polizeilichen Mehraufwand bei sogenannten Hochrisikospielen, bei denen gewaltmäßige Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden Fans zu erwarten sind, von dem Veranstalter, der Deutschen Fußballliga (DFL), geltend machen. Die DFL wehrte sich mit dem Argument, es sei Aufgabe des Staates, die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu gewähren, die damit nicht gesondert vergütet werden müsse.

Geklagt hatte der Stadtstaat Bremen, der bei Spielen von Werder Bremen gegen den HSV 1000 statt den üblichen 150 Polizeibeamten einsetzen musste. Die Rechtsprechung ist auf alle Veranstaltungen übertragbar (Rockkonzerte, Sektentreffen), bei denen polizeilicher Mehraufwand zu befürchten ist.



ULTIME DALLO SPAZIO

Microsoft è il vicesceriffo e Internet viene disattivato

Ciò che accomuna l'Italia e la Germania (e l'UE nel suo complesso) è la dipendenza dagli Stati Uniti. Il dibattito pubblico in entrambi i paesi si concentra sulla capacità di difendersi militarmente dagli aggressori. Non è invece al centro dell'attenzione il pericolo che le nostre infrastrutture civili possano essere smantellate. Nella vita quotidiana, siamo tutti dipendenti da Microsoft e Apple.

Lo dimostra il caso del procuratore capo della Corte penale internazionale (CPI), Karim Khan, a cui Microsoft ha bloccato l'account di posta elettronica senza preavviso nel maggio 2025 (vedi apnews.com, notizia del 15/05/2025, 11:26). Microsoft agisce come "aiutante sceriffo" dell'amministrazione Trump (secondo Kreml. In Heise.de del 18.05.2025), che sanziona la CPI per il mandato d'arresto contro Netanyahu. Né la Germania né l'Italia dispongono di una sovranità digi-

tales e qualsiasi comunicazione sgradita potrà quindi essere disattivata in futuro.

A un livello superiore, la situazione diventa ancora più delicata. Lo spazio appartiene a tutti gli Stati, è uno spazio comune senza sovranità ai sensi dell'articolo 1 del Trattato sullo spazio extra-atmosferico. Le norme antitrust non sono applicabili nello spazio e Elon Musk può quindi operare senza restrizioni; il suo "Starlink" dispone già di 7.000 satelliti e se ne prevedono 40.000. Al Prof. Schladenbach, esperto tedesco di spazio all'Università di Potsdam, è stato chiesto nel NJW 3/2025 (attuale, S12) se Musk potesse semplicemente disattivare Internet. La sua risposta: "Poiché Elon Musk offre i suoi servizi Internet tramite contratti di diritto privato, è libero di interrompere la fornitura di Internet in qualsiasi momento, nel rispetto dei termini di preavviso concordati". È così.

Diventa quindi ancora più importante creare alternative democraticamente controllabili. Altrimenti in Germania il piano Morgenthau diventerà realtà!

ULTIME DALL'ITALIA

La terra dei fuochi - La CEDU condanna l'Italia

L'Italia ha fallito nel compito di proteggere i residenti del triangolo Napoli/Caserta/Nola dalle conseguenze sanitarie dell'incenerimento illegale dei rifiuti ed è stata condannata dalla Corte europea dei diritti dell'uomo a istituire un meccanismo di monitoraggio indipendente e una piattaforma per informare l'opinione pubblica (sentenza del 30 gennaio 2025, ricorso 51567/14).

Lo Stato italiano si è difeso sostenendo di aver già adottato molte misure per proteggere la popolazione; per la Corte non erano sufficienti e, in particolare, il numero di procedimenti conclusi con condanna penale (solo 7 condanne!) non dimostra un particolare rigore da parte delle autorità.

All'improvviso arrivano i dazi doganali: chi paga?

Il rimedio universale trumpiano solleva questioni giuridiche nei contratti di fornitura transfrontalieri. Se le parti hanno fatto riferimento agli Incoterms nei loro contratti, vale quanto segue:

Se le parti concordano "DDP" (Delivery Duty Paid), il fornitore deve mettere a disposizione la merce sdoganata e pronta per lo scarico nel luogo di destinazione concordato. Il fornitore sostiene tutti i costi fino alla consegna della merce, compresi eventuali dazi doganali. In caso di "FOB" (=Free on Board), invece, il fornitore consegna la merce solo a bordo del mezzo di trasporto

designato nel luogo di spedizione e il trasferimento del rischio avviene con il carico; da quel momento in poi, l'acquirente si assume tutti i rischi e i costi.

Se non è stato concordato nulla e non inclusi gli Incoterms, è necessario stabilire chi sostiene i dazi doganali mediante interpretazione del contratto. Ai sensi del § 448, 1 BGB, nel contratto di vendita il venditore sostiene i costi di consegna, mentre l'acquirente sostiene i costi di accettazione e spedizione. I dazi doganali rientrano nei costi di spedizione e sono quindi a carico dell'acquirente. Secondo il diritto italiano, in assenza di una disposizione espressa, si pre-

sume che i costi siano a carico dell'acquirente.

Nella prassi, i tassi doganali possono compromettere seriamente la disponibilità e la capacità delle parti contraenti di adempiere alle proprie obbligazioni. In linea di principio, il rischio è a carico del venditore, ma se vengono superati i limiti del prevedibile, secondo il diritto tedesco può sorgere un diritto all'adeguamento del prezzo ai sensi del § 313 del BGB. Durante la pandemia di coronavirus, la giurisprudenza ha acquisito molta esperienza in materia e la situazione appare simile. Lasciamo alla valutazione del lettore se Trump debba essere paragonato al Covid-19.

ULTIME DALLA GERMANIA

Definizione di razzismo

Ai sensi dell'articolo 3 della Legge fondamentale (Costituzione tedesca), nessuno può essere discriminato o favorito in base alla sua discendenza, razza, patria o origine. Da anni è in corso un dibattito nella Repubblica Federale Tedesca sull'attualità del termine "razza". Secondo i critici, la sua menzione nella Legge fondamentale gli conferisce un'aura scientifica che non merita. Da un punto di vista storico, la sua introduzione nella Legge fondamentale era sicuramente più che comprensibile, vista l'esperienza del nazionalsocialismo e del "fanatismo razziale" dominante.

Anche se non esistono "razze", esiste sicuramente il razzismo, che in Germania è perseguito penalmente e civilmente (ad esempio in virtù della Legge generale sulla parità di trattamento, AGG). Pertanto, una definizione chiara del termine è utile ed è stata presentata dal precedente governo composto da SPD, FDP e Verdi nella persona del Ministro di Stato Alabali-Radovan come risultato del lavoro di un comitato di 12 esperti. La definizione è composta da 13 frasi e può essere consultata al seguente indirizzo:

<https://www.integrationsbeauftragte.de/resource/blob/1864320/2337298/867de6459981a576f7887dec3363ecb2/broschuere-rassismusdefinition-data.pdf?download=1>

Calcio parlamentare nel centro democratico

I parlamentari democratici del "Bundestag" (parlamento tedesco) vedono pochi punti comuni con il partito di estrema destra "AfD" e devono difendersi da ogni tipo di mozione presentata dal gruppo parlamentare dell'AfD, per lo più con successo. Con sentenza del 18 settembre 2024 - 2 BvE 1/20, la Corte costituzionale federale ha infatti chiarito che il gruppo parlamentare dell'AfD non ha il diritto di eleggere un presidente di commissione. L'AfD ha invece ottenuto successo dinanzi al Tribunale di Berlino II (11/03/2025, 85 O 64/24), che ha accolto la sua richiesta di essere ammesso alla FC Bundestag, l'unica squadra di calcio del Bundestag, in cui giocano deputati attivi ed ex deputati di tutti i partiti.

La redazione non sa se la sentenza sia definitiva. Dall'attuale formazione della squadra (<https://www.fcbundestag.de/>) non risultano attualmente ali-

destre.

Il calcio non è un bene comune

Secondo una sentenza della Corte costituzionale Federale (14/01/2025, 1 BvR 548/22), in futuro i Länder tedeschi potranno richiedere all'organizzatore, la Deutsche Fußballliga (DFL), il rimborso delle spese sostenute per il dispiegamento di forze di polizia superiore a quello normale in occasione delle cosiddette partite ad alto rischio, in cui sono previsti scontri violenti tra tifosi rivali. La DFL si è opposta sostenendo che è compito dello Stato garantire la sicurezza e l'ordine pubblico, che non devono essere oggetto di un compenso separato.

Il ricorso era stato presentato dalla città-stato di Brema, che durante le partite del Werder Brema contro l'HSV doveva schierare 1000 agenti di polizia invece dei consueti 150. La giurisprudenza è applicabile a tutti gli eventi (concerti rock, raduni di sette) in cui è prevedibile un dispiegamento di forze di polizia superiore a quello normale.

GEISTIGES EIGENTUM

Sony Music verliert Rechtsstreit gegen die Erben von Lucio Battisti

Der Rechtsstreit, den Sony Music 2017 gegen die Erben von Lucio Battisti angestrengt hatte, endete dieses Jahr mit einer bitteren Niederlage für das Major-Label.

Mit Beschluss Nr. 12956 vom 14.05.2025 hat der italienische Kassationsgerichtshof die Berufung von Sony Music zurückgewiesen und damit die Entscheidung des Mailänder Gerichts und des Mailänder Berufungsgerichts bestätigt, die bereits zugunsten der Erben entschieden hatten. Witwe und Sohn von Battisti wendeten sich gegen die Verbreitung der Musik von Lucio auf Streaming-Plattformen wie Spotify.

Im Jahr 2017 hatte Sony ohne Zustimmung der Erben den gesamten Katalog von Lucio Battisti online gestellt. Zuvor hatte Sony übersehen, dass die Familie Battisti den gesamten Katalog bei der SIAE zurückgezogen hatte, wodurch die Nutzung der Musik auf digitalen Plattformen oder für Werbespots untersagt war. Als Sony Music dies erst nachträglich bemerkte, reichte es eine Klage gegen die Erben von Lucio Battisti ein und argumentierte, dass diese durch die Rücknahme des SIAE-Mandats die Verbreitung der Musik des Künstlers ungerechtfertigt behindern würden. Sony Music machte während des Verfahrens geltend, aufgrund von Verträgen, die zwischen 1966 und 1994 zwischen dem Künstler und der Plattenfirma sowie den mit diesem verbundenen Unternehmen geschlossen worden waren, alleinige

Eigentümerin einer Reihe von Tonaufnahmen der Musikwerke von Lucio Battisti zu sein.

Das Berufungsgericht hat jedoch klargestellt, dass die von Lucio Battisti vor über fünfzig Jahren geschlossenen Verträge die Nutzung der Tonaufnahmen weder online noch für Werbezwecke ohne Zustimmung der Erben erlauben. AB

Die Reform hat begonnen: die neue "Verordnung über Geschmacksmuster der Europäischen Union" ist in Kraft

Am 1. Mai 2025 begann die erste Phase der umfassenden Reform des europäischen Geschmacksmusterrechts. Diese Reform zielt darauf ab, den Schutz der beim Amt der Europäischen Union für geistiges Eigentum (EUIPO) eingetragenen Mustern und Modellen an die modernen Entwicklungen der digitalen Welt anzupassen.

Die Reform ist in drei Phasen gegliedert und bringt zahlreiche Neuerungen für den Bereich des geistigen Eigentums mit sich. Die Definition des Begriffs „Geschmacksmuster“ umfasst nun auch Animationen, die dynamische und sich entwickelnde Geschmacksmuster umfassen. Der Begriff „Erzeugnis“ wurde erweitert, sodass nun auch nicht-physische Gegenstände wie digitale Produkte und virtuelle Geschmacksmuster geschützt sind. Der Schutz wird auf den 3D-Druck als Herstellungsverfahren ausgeweitet.

Es wurde das neue Symbol (D) in einem Kreis eingeführt, das Inhaber von Geschmacksmustern auf ihren Produkten verwenden können, um den recht-

lichen Schutz des Geschmacksmusters anzuzeigen und die Sichtbarkeit des Geschmacksmusterschutzes zu erhöhen.

Bis zum 9. Dezember 2027 wird auch die dritte Phase dieser Reform abgeschlossen sein, mit der die Mitgliedstaaten die Richtlinie über Geschmacksmuster in nationales Recht umsetzen müssen.

Alle Neuigkeiten zu dieser Reform finden sich auf der offiziellen Website:

<https://www.euipo.europa.eu/de/designs/design-reform-hub>

Wenn Sie Hilfe bei der Registrierung eines Modells oder Designs benötigen oder wenn Ihr registriertes Design kopiert oder ohne vorherige Genehmigung verwendet wurde, kontaktieren Sie uns. Unsere Experten können Ihnen behilflich sein. AB

Dubai Schokolade aus Bayern

Allen, die das Italian Sounding in Deutschland verfolgen, ist die Vorschrift bestens bekannt: Nach § 127 Markengesetz dürften geographische Herkunftsangaben nicht für Waren benutzt werden, die nicht diese geographische Herkunft aufweisen.

In Deutschland gibt es zurzeit einen Hype über die sogenannte „Dubai Schokolade“ (eine Milchsokolade mit Pistazienfüllung), die überall verkauft wird. Es gibt aber einen Importeur, dessen Ware tatsächlich aus Dubai stammt. Eine Welle von seinen Abmahnungen geht über das Land.

Als Laie fragt man sich, wo genau in Dubai die Milchkühe grasen.

INFORMATIONEN FÜR KOLLEGEN

Eine hohe Rechnung schafft Vertrauen

Fehlt dem Täter bei Begehung der Tat die Einsicht, Unrecht zu tun, so handelt er ohne Schuld, wenn er diesen Irrtum nicht vermeiden konnte: Das ist der Text von § 17 deutschen Strafgesetzbuch. Eine auch für Fachanwälte interessante Vorschrift, da sie nach einer Entscheidung des BGH vom 20.3.2025 (III ZR 261/23) mit ihrer (falschen) Rechtsberatung den Mandanten vor Strafverfolgung schützen können.

In dem entschiedenen Fall betrieb ein Mandant Immobiliengeschäfte, die strafrechtliche Vorschriften des Kreditwesengesetzes verletzten. Er beauftragte daraufhin einen Fachanwalt für Bank und Kapitalmarktrecht, der ihm zu einem aus seiner Sicht zulässigen Verfahren riet. Der BGH bestätigte, dass sich der Mandant auf die Richtigkeit der Angaben seines Anwaltes verlassen durfte und sprach den Mandanten frei, wobei dieses Zitat aus den Entscheidungsgründen lesenswert ist: „Dass die Ausarbeitungen mit der nötigen Gründlichkeit und unter Berücksichtigung der geltenden Rechtslage erfolgt waren, lag für den Beklagten wegen des abgerechneten erheblichen Zeitaufwandes nahe, wo allein die Begutachtung der bisherigen Vereinbarungen... fast 22 Stunden umfasste.“ Mit anderen Worten: Wenn

die Rechnung hoch ist, spricht dies für die Richtigkeit des Ergebnisses. Eine damit durchaus anwaltsfreundliche Entscheidung.

Steuerberater: Hände weg vom Familienrecht!

Anders als in Italien gibt es in Deutschland ein Rechtsberatungsmonopol für Rechtsanwälte; Juristen oder Steuerberater, die nicht als Anwälte zugelassen sind, dürfen keine Rechtsberatung erteilen, weder im Gesellschaftsrecht noch im Familienrecht. In Italien sind dagegen die „commercialisti“ oft die wahren Berater des Unternehmens im Handels- und Gesellschaftsrecht.

An das sogenannte Rechtsberatungsmonopol musste ein badischer Steuerberater erinnert werden, der eine Trennungsfolgevereinbarung für zwei Eheleute entworfen hatte. Die zuständige Rechtsanwaltskammer klagte gegen ihn auf Unterlassung und auf Zahlung einer Abmahnpauschale iHv 250 EUR. Der Steuerberater verteidigte sich u.a. damit, dass er die Leistung unentgeltlich erbracht habe, und berief sich auf einen Ausnahmetatbestand im Rechtsdienstleistungsgesetz (§ 6). Das OLG Karlsruhe (Urteil v. 22.10.2024, 14 U 184/23) vertrat hingegen die anwaltsfreundliche Auffassung, dass eine unent-

geltliche Leistung hier nicht vorgelegen habe, da der Steuerberater in Steuersachen für die Eheleute tätig geworden sei (und diese natürlich abgerechnet habe). Der Steuerberater wurde zur Unterlassung und zur Zahlung verurteilt!

AI erfindet Entscheidungen

Es müsste sich mittlerweile herumgesprochen haben, dass zumindest ChatGPT gerne auch Entscheidungen oberster Gerichte, die gut zu dem Vortrag passen, schlicht erfindet.

Ein italienischer Kollege, der in seinem Schriftsatz solche Phantasieurteile aufführte, musste sich daher einer Forderung nach Art. 96 des italienischen Zivilprozessbuchs stellen, der Schadensersatz und Ordnungsgeld für Parteivortrag sanktioniert, der im bösen Glauben (mala fede) oder grob fahrlässig erfolgt. Das Landgericht Florenz hatte Mitleid und wies den Anspruch ab; es führte unter anderem aus, dass die erfundenen Entscheidungen einen an sich schlüssigen Vortrag stützen sollten, der für sich gesehen im guten Glauben erfolgte. Die Fundstelle ist der Redaktion leider nicht bekannt, die Entscheidung ist aus NT+Diritto vom 26.03.2025 (Autor: Francesco Machina Grifo) entnommen.

PROPRIETÀ INTELLETTUALE

La Sony Music perde la causa contro gli eredi di Lucio Battisti

La battaglia iniziata dalla Sony Music contro gli eredi di Lucio Battisti nel 2017 è finita quest'anno con una amara sconfitta della major.

Con l'ordinanza N. 12956 del 14.05.2025 la Corte di Cassazione italiana ha rigettato il ricorso di Sony Music, confermando la decisione del Tribunale di Milano e della Corte d'Appello di Milano, che già avevano dato ragione agli eredi.

La moglie e il figlio di Battisti sono infatti sempre stati contrari alla diffusione della musica di Lucio Battisti sulle piattaforme streaming, come Spotify.

Nel 2017 la Sony, senza chiedere il consenso agli eredi, aveva posto online l'intero catalogo di Lucio Battisti. Prima di farlo però la Sony non aveva controllato che la famiglia di Battisti aveva revocato l'intero catalogo dalla SIAE, non concedendo così lo sfruttamento della musica sulle piattaforme digitali o per spot pubblicitari. Scoperto solo dopo questo problema, la Sony Music aveva instaurato una causa contro gli eredi di Lucio Battisti sostenendo che questi ultimi revocando il mandato SIAE ostacolassero ingiustamente la diffusione della musica dell'artista. La Sony Music durante la causa ha sostenuto di essere esclusiva proprietaria di una serie di registrazioni fonografiche delle opere musicali di Lucio Battisti, in forza di contratti conclusi tra il 1966 e il 1994, dall'artista con la casa discografica e le società a questa riferibili.

La Corte d'Appello aveva, però, chiarito che gli "accordi" discografici stipulati da Lucio Battisti oltre

cinquanta anni fa non consentono di utilizzare le registrazioni fonografiche né online né per la pubblicità, senza il consenso degli eredi. AB

La riforma è iniziata: il nuovo "Regolamento sui disegni e modelli dell'Unione europea" è in vigore

Il 2025 è iniziata la prima fase della riforma globale del design europeo. Questa riforma mira ad adattare la protezione dei disegni e modelli registrati presso l'Ufficio dell'Unione europea per la proprietà intellettuale (EUIPO) ai moderni sviluppi del mondo digitale.

Strutturata in tre fasi, questa riforma presenta numerose innovazioni per la proprietà intellettuale. La definizione di "design" include ora anche le animazioni che comprendono design dinamici e in evoluzione. Il termine "prodotto" è stato ampliato in modo da proteggere anche oggetti non fisici, come i prodotti digitali e i disegni virtuali. La protezione viene estesa alla stampa 3D come metodo di produzione.

È stato introdotto il nuovo simbolo della (D) cerchiata che i titolari di disegni e modelli potranno utilizzare sui loro prodotti per indicare la protezione legale del disegno o modello e aumentare la visibilità della protezione del disegno o modello.

Entro il 9 dicembre 2027 si completerà anche la fase tre di questa riforma, con il recepimento da parte degli Stati membri della direttiva sui disegni e modelli nel diritto nazionale.

Se volete conoscere ogni novità di questa riforma potete consultare il sito ufficiale: <https://www.euipo.europa.eu/it/designs/design-reform-hub>

Se desiderate assistenza per la registrazione di un modello o disegno o se il Vostro disegno o modello registrato è stato copiato od utilizzato senza aver richiesto una preventiva licenza, contattateci, i nostri esperti possono assistervi in questa materia. AB

Cioccolato Dubai dalla Baviera

Chiunque segua l'Italian Sounding in Germania conosce bene la normativa: ai sensi del § 127 della legge sui marchi, le indicazioni geografiche non possono essere utilizzate per prodotti che non hanno tale provenienza geografica.

In Germania c'è attualmente un grande entusiasmo per il cosiddetto "cioccolato di Dubai" (un cioccolato al latte con ripieno di pistacchio), venduto ovunque. Tuttavia, c'è un importatore la cui merce proviene effettivamente da Dubai. Una serie di sue diffide sta attraversando il Paese.

Da profani ci si chiede dove pascolino esattamente le mucche da latte a Dubai.



INFORMAZIONI PER COLLEGHI

Una fattura elevata crea fiducia

Se l'autore del reato non ha la consapevolezza di commettere un errore quando agisce, agisce senza colpa se l'errore era inevitabile: Questo è il testo del § 17 del Codice penale tedesco. Si tratta di una disposizione interessante anche per gli avvocati specializzati, che possono proteggere i loro clienti da azioni penali tramite la loro consulenza legale (errata), secondo una decisione della Corte federale di giustizia del 20 marzo 2025 (III ZR 261/23).

Nel caso in questione, un cliente era coinvolto in operazioni immobiliari che violavano le disposizioni penali della legge bancaria tedesca. Si è quindi rivolto a un avvocato specializzato in diritto bancario e dei mercati dei capitali, che lo ha consigliato su ciò che riteneva essere un procedimento ammissibile. Il BGH ha confermato che il cliente aveva il diritto di fare affidamento sull'accuratezza delle informazioni fornite dal suo avvocato e ha assolto il cliente, e vale la pena leggere le motivazioni della decisione: "Era ovvio per l'imputato che le analisi erano state effettuate con la necessaria accuratezza e tenendo conto della situazione legale applicabile, grazie alla notevole quantità di tempo impiegata, dove la valutazione dei soli accordi prece-

denti... ha richiesto quasi 22 ore". In altre parole: Se il conto è alto, questo depone a favore della correttezza del risultato. Una decisione quindi molto favorevole agli avvocati.

Consulenti fiscali: giù le mani dal diritto di famiglia!

A differenza dell'Italia, in Germania esiste un monopolio della consulenza legale per gli avvocati; semplici giuristi o i consulenti fiscali non ammessi come avvocati non sono autorizzati a fornire consulenza legale, né in diritto societario né in diritto di famiglia. In Italia, invece, i "commercialisti" sono spesso i veri consulenti dell'azienda in materia di diritto commerciale e societario.

A un consulente fiscale di Baden-Baden è stato ricordato il cosiddetto monopolio della consulenza legale quando ha redatto un accordo di separazione per due coniugi. L'ordine degli avvocati competente lo ha citato in giudizio per ottenere un provvedimento cautelare e il pagamento di una parcella forfettaria di 250 euro. Il consulente fiscale si è difeso sostenendo, tra l'altro, di aver fornito il servizio gratuitamente e invocando un'eccezione prevista dalla legge sui servizi legali (§ 6). Il Tribunale Regio-

nale Superiore di Karlsruhe (sentenza del 22.10.2024, 14 U 184/23), invece, ha ritenuto che non vi fosse stata alcuna prestazione gratuita, in quanto il consulente fiscale aveva agito per i coniugi in materia fiscale (e aveva ovviamente emesso fattura). Il consulente fiscale è stato condannato a cessare l'attività e a pagare!

L'AI inventa le decisioni

Ormai si sarà capito che almeno a ChatGPT piace inventare semplicemente le decisioni delle più alte corti che si adattano ai dati immessi.

Un collega italiano che aveva inserito tali parti fittizie nella sua memoria ha quindi dovuto affrontare una causa ai sensi dell'art. 96 del Codice di procedura civile italiano, che prevede il risarcimento dei danni e sanzioni amministrative per le dichiarazioni di parte fatte in mala fede (mala fede) o per grave negligenza. Il Tribunale di Firenze ha avuto compassione e respinto la richiesta, affermando, tra l'altro, che le decisioni inventate erano destinate a sostenere una tesi di per sé conclusiva e fatta in buona fede. Il riferimento non è purtroppo noto alla redazione, la decisione è tratta da NT+Diritto del 26 marzo 2025 (autore: Francesco Machina Grifeo).

ARBEITSRECHT

Bonus ohne Target = 100 %

Ein „Klassiker“ in der grenzüberschreitenden Beratung ist die Frage, ob dem Arbeitnehmer auch dann ein Bonus zusteht, wenn seine Performance erkennbar unterdurchschnittlich war und/oder das Unternehmen mit Verlusten abgeschlossen hat. Das BAG hat mit Urteil vom 19.2.2025 (10 AZR 57/24) seine laufende Rechtsprechung hierzu bestätigt: Gibt der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer nicht rechtzeitig die Ziele vor, löst dies, wenn eine nachträgliche Zielvorgabe ihre Motivations- und Anreizfunktion nicht mehr erfüllen kann, grundsätzlich einen Anspruch des Arbeitnehmers auf Schadensersatz aus. Werden Zielvorgaben durch den Arbeitgeber damit nicht am Anfang des Jahres dem Arbeitnehmer mitgeteilt oder mit ihm verhandelt, kann sich der Arbeitnehmer auf diese Rechtsprechung berufen.

Provision in Kryptowährung

Nach einer Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts vom 16.04.2025 (10 AZR 80/24) kann der Arbeitnehmer seinen Provisionsanspruch – soweit dies vereinbart wurde – auch in Kryptowährung (hier: Ether (ETH)) geltend machen, und zwar als Sachbezug iSv. § 107 Abs. 2 Satz 1 GewO. Der unpfändbare Betrag des Arbeitsentgelts muss dem Arbeitnehmer aber in echtem Geld ausgezahlt werden. In Italien ist der pfändbare Betrag eines Arbeitseinkommens ein Fünftel des Arbeitskommens, in Deutschland richtet er sich nach festgelegten Einkommensgrenzen.

Keine Zustellung der Kündigung durch Einwurf-Einschreiben

Ein Arbeitgeber, der seinem Arbeitnehmer fristgerecht kündigen möchte, sollte es in Deutschland in jedem Fall vermeiden, eine Kündigung durch Einschreiben/Rückschein zustellen zu lassen. Holt der Arbeitnehmer das Einschreiben bei der Post nicht ab, gilt es als nicht zugegangen. Das Bundesarbeitsgericht hat jetzt entschieden (Urteil vom 30.01.2025, 2 AZR 68/24), dass auch ein Einwurf-Einschreiben für den Nachweis der Zustellung nicht ausreicht, obwohl der Sendestatus im Internet den Einwurf in den Postkasten bescheinigt.

Es ist also jedem Arbeitgeber zu raten, die Zustellung durch einen Boten zu veranlassen, der auch ein entsprechendes Protokoll erstellen sollte.

Deutschland: Neue Regierung, neues Arbeitsrecht

Der Koalitionsvertrag der neuen Merzregierung sieht eine Flexibilisierung der täglichen Höchstarbeitszeit unter Beibehaltung der wöchentlichen Höchstarbeitszeit von 48 Stunden vor. Der Betriebsrat soll digital tagen dürfen, auch Betriebsratswahlen können digital erfolgen. Der Mindestlohn soll auf 15 Euro/h steigen.

Krankheit, Attest und Detektive

Der arbeitsunfähige Arbeitnehmer kann sich in Deutschland wesentlich freier als in Italien bewe-

gen; er ist nicht verpflichtet, sich zuhause aufzuhalten und muss auch keine Kontrollbesuche des Arbeitgebers fürchten. Dass der Arbeitgeber im Einzelfall den Verdacht hegt, dem krank gemeldete Arbeitgeber gehe es in Wirklichkeit gut, ist verständlich.

Das Bundesarbeitsgericht hat gleich in zwei Entscheidungen (v. 21.08.2024, 5 AZR 258/23 und vom 18.09.2024, 5 AZR 29/24) darauf hingewiesen, dass der Beweiswert eines ärztlichen Attests erschüttert werden könne, wenn tatsächliche Umstände vorliegen, die Zweifel an der Erkrankung begründen. Dies beispielsweise dann, wenn die Krankenscheibung zeitlich genau mit der Kündigungsfrist übereinstimmt – sodass der Arbeitnehmer danach sofort ein neues Arbeitsverhältnis beginnen könne.

Dazu muss dem italienischen Leser erläutert werden, dass in Deutschland Kündigungsfristen in der Praxis nicht abgegolten werden können und der Arbeitnehmer bis zum Kündigungsende auf der Payroll des Arbeitgebers verbleibt. Ist er arbeitsunfähig, kann er in der Kündigungsfrist nicht seinen Urlaubsanspruch aufbrauchen und hat damit Anspruch auf Urlaubsentschädigung.

Vor diesem Hintergrund ist es nachvollziehbar, wenn Arbeitgeber Detektive beauftragen, die den Zustand des Arbeitnehmers überprüfen sollen. Hier ging in einem vom Bundesarbeitsgericht entschiedenen Fall (25.07.2024, 8 AZR 225/23) der Schuss nach hinten los: Zwar beobachteten die Detektive, dass der angeblich kranke Arbeitnehmer u.a. eine (schwere) Autobatterie ausbauen und bis in seine Wohnung tragen konnte, der Arbeitnehmer konnte das Gericht aber davon überzeugen, dass dies seinen Heilungsprozess nicht gefährdet habe. Im Gegenzug wurde der Arbeitgeber zu 1.500,00 Euro immateriellen Schadensersatz verurteilt, da die Feststellungen der Detektive Gesundheitsdaten im Sinne von Art. 82 I DS-GVO seien und diese natürlich ohne Einwilligung des Arbeitnehmers gespeichert wurden.

Vertraulichkeit: Unbefristete Cath-all-Klausel ist unwirksam

Das Bundesarbeitsgericht hat entschieden, dass eine formularmäßig vereinbarte Vertragsklausel, die den Arbeitnehmer bezüglich aller internen Vorgänge beim Arbeitgeber über das Ende des Arbeitsverhältnisses hinaus zeitlich unbegrenzt zum Stillschweigen verpflichtet, unwirksam ist. Sie benachteiligt den Arbeitnehmer unangemessen, da sie die Nutzung seines Wissens bei einem neuen Arbeitgeber in adäquater Position faktisch untersagen würde (BAG, v. 17.10.2024, 8 AZR 172/23).

Gesellschafter einer italienischen Kapitalgesellschaft haften persönlich für TFR

In Italien hat jeder Arbeitnehmer Anspruch auf eine Ansparteleistung seines Arbeitgebers zu seinen Gunsten, die ihm dann nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses ausgezahlt wird (TFR). Wird diese nicht angespart und kommt es zu einer Liquidation und Löschen der Gesellschaft haften die Gesellschafter selbst bei einer Kapitalgesellschaft (SAR) persönlich für die nicht erbrachten Leistungen (v. 28.01.2025, Nr.1934/2025).

ERBRECHT

Änderungen des italienischen Erbschaftssteuerrechts

Im Februar 2025 traten nach einer Anpassungsphase der Software des Justizministeriums die Änderungen des konsolidierten Textes der Erbschafts- und Schenkungssteuer, die durch die Reform (Gesetzesdekret 139/24) eingeführt wurden, in Kraft. Diese gelten für Erbschaften, die ab dem 01.01.2025 eröffnet werden

Zu den wichtigsten Neuerungen gehören:

- Die Verpflichtung des Steuerpflichtigen zur Selbstveranlagung der zu zahlenden Erbschafts- oder Schenkungssteuer, die innerhalb von 90 Tagen nach Abgabe der Erbschaftserklärung zu entrichten ist. Die Steuerbehörde wird die Selbstveranlagung überwachen, wodurch der Bürger auch in dieser Hinsicht zur Verantwortung gezogen wird.
- Die Möglichkeit, vor Abgabe der Erbschaftserklärung die Freigabe von Bankkonten zu erwirken, die auf den Betrag begrenzt ist, der für die Bezahlung der Hypothek, des Grundbuchs und der Stempelgebühren erforderlich ist, wenn der Alleinerbe unter 26 Jahre alt ist.
- Die Klärung der Bedingungen für die Steuerbefreiung bei der familiären Übertragung eines Unternehmens zugunsten von Nachkommen oder Ehegatten, sofern dies den Erwerb der unternehmerischen Kontrolle oder die Konsolidierung einer bereits bestehenden Kontrolle zur Folge hat. Die Begünstigten müssen das Unternehmen fünf Jahre lang weiterbetreiben bzw. im Falle der Übertragung von Anteilen und Aktien fünf Jahre lang die Kontrolle oder das Eigentum behalten.
- Die Regelung der Besteuerung von Trusts, die entweder „outgoing“ (bei der Übertragung der in den Trust eingebrachten Vermögenswerte auf die Endbegünstigten) oder „incoming“ (bei der Einbringung der Vermögenswerte in den Trust) erfolgen kann. Es sei darauf hingewiesen, dass Italien - im Gegensatz zu Deutschland - 1992 das Haager Übereinkommen von 1985 über das auf Trusts anzuwendende Recht und ihre Anerkennung ratifiziert hat 5.

Abschließend möchten wir darauf hinweisen, dass die Steuerbehörde mit dem Rundschreiben 29/E von 2023 die Abschaffung des sogenannten „coacervo“ bei Erbschaften bestätigt hat. Somit wird der Wert der zu Lebzeiten getätigten Schenkungen nicht zum Nachlass hinzugerechnet, um zu beurteilen, ob die Erben den Selbstbehalt überschritten haben, während der „coacervo“ bei späteren Schenkungen bestehen bleibt,

Die italienische Erbschafts- und Schenkungssteuer ist auch nach dieser Reform für den Steuerpflichtigen grundsätzlich weniger belastend als die deutsche Erbschafts- und Schenkungssteuer, insbesondere dann, wenn Gegenstand der Übertragung ein Unternehmen oder Quoten oder Anteile sind, die es dem Begünstigten ermöglichen, die Kontrolle über das Unternehmen zu erwerben oder zu behalten.

DIRITTO DEL LAVORO

Bonus senza obiettivi = 100 %

Una questione "classica" nella consulenza transfrontaliera è quella di stabilire se un dipendente abbia diritto a un bonus anche se la sua performance è stata chiaramente inferiore alla media e/o se l'azienda ha chiuso l'anno in perdita. Nella sentenza del 19.2.2025 (10 AZR 57/24), il Tribunale federale del lavoro ha confermato l'attuale giurisprudenza in materia: se il datore di lavoro non fornisce al dipendente all'inizio dell'anno gli obiettivi in tempo utile; ciò fa scattare una richiesta di risarcimento danni da parte del dipendente se la definizione degli obiettivi successiva non può più svolgere la sua funzione motivazionale e di incentivo. Se il datore di lavoro non comunica o negozia gli obiettivi con il dipendente all'inizio dell'anno, il dipendente può invocare questa giurisprudenza e chiedere il 100% del bonus.

Provvigione in criptovaluta

Secondo una decisione del Tribunale federale del lavoro del 16 aprile 2025 10 AZR 80/24, il dipendente può far valere la propria richiesta di provvigione anche in criptovaluta (qui: Ether (ETH), ossia come emolumenti diversi dal denaro ai sensi della Sec. § § 107 comma 2 frase 1 GewO. Tuttavia, l'importo non pignorabile della retribuzione deve essere corrisposto al dipendente in denaro reale. In Italia, l'importo pignorabile del reddito di un dipendente è pari a un quinto del suo reddito; in Germania, si basa su limiti di reddito fissi.

Nessuna notifica del licenziamento a mezzo lettera raccomandata

In Germania, il datore di lavoro che desidera notificare il licenziamento al proprio dipendente in tempo utile dovrebbe sempre evitare di far consegnare la notifica di licenziamento con lettera raccomandata con ricevuta di ritorno. Se il dipendente non ritira la raccomandata dall'ufficio postale, si considera che non sia stata ricevuta. La Corte Federale del Lavoro ha ora stabilito (sentenza del 30/01/2025, 2 AZR 68/24) che anche una lettera raccomandata semplice non è una prova sufficiente della consegna, anche se lo stato della lettera su Internet conferma che è imbucata.

È quindi consigliabile che ogni datore di lavoro organizzi la consegna da parte di un corriere, che dovrebbe anche redigere un verbale corrispondente.

Germania: nuovo governo, nuova legge sul lavoro

L'accordo di coalizione del nuovo governo Merz prevede una flessibilizzazione dell'orario massimo di lavoro giornaliero, mantenendo l'orario massimo settimanale di 48 ore. La commissione interna (rappresentanza dei lavoratori) potrà riunirsi in modalità digitale e anche le elezioni del consiglio della commissione interna potranno svolgersi in modalità digitale. Il salario minimo è previsto in 15 euro l'ora.

Malattia, certificati medici e investigatori

I dipendenti impossibilitati a lavorare per malattia possono muoversi molto più liberamente in Germania che in Italia; non sono obbligati a rimanere a casa

e non devono preoccuparsi delle visite del datore di lavoro. È comprensibile che il datore di lavoro possa sospettare, in singoli casi, che il dipendente che si è dichiarato malato stia in realtà bene.

Il Tribunale federale del lavoro ha sottolineato in due decisioni (del 21 agosto 2024, 5 AZR 258/23 e del 18 settembre 2024, 5 AZR 29/24) che il valore probatorio di un certificato medico può essere compromesso se vi sono circostanze di fatto che mettono in dubbio la malattia. Questo è il caso, ad esempio, se il certificato di malattia coincide esattamente con il periodo di preavviso - in modo che il dipendente possa iniziare subito dopo un nuovo rapporto di lavoro.

Va spiegato al lettore italiano che in Germania i periodi di preavviso non vengono indennizzati e il dipendente rimane sul libro paga del datore di lavoro fino alla fine del periodo di preavviso. Se non è in grado di lavorare, non può consumare le ferie durante il periodo di preavviso e ha quindi diritto al pagamento delle ferie.

In questo contesto, è comprensibile che i datori di lavoro incarichino degli investigatori di verificare le condizioni del dipendente. In un caso deciso dalla Corte Federale del Lavoro (25.07.2024, 8 AZR 225/23), ciò gli si è ritorto contro: sebbene gli investigatori abbiano osservato che il dipendente presumibilmente malato era in grado di rimuovere una batteria per auto (pesante) e trasportarla a casa sua, il dipendente è riuscito a convincere il tribunale che ciò non metteva a rischio il suo processo di guarigione. In cambio, il datore di lavoro è stato condannato a pagare 1.500,00 euro di danni morali, poiché le scoperte degli investigatori erano dati sulla salute ai sensi dell'art. 82 I GDPR e sono stati ovviamente memorizzati senza il consenso del dipendente.

Riservatezza: la clausola di riservatezza illimitata è inefficace

La Corte federale del lavoro ha stabilito che una clausola contrattuale concordata in forma tale da obbligare il dipendente a mantenere la riservatezza su tutti i processi interni al datore di lavoro per un periodo di tempo illimitato oltre la fine del rapporto di lavoro è inefficace. La clausola è irragionevolmente svantaggiosa per il dipendente, in quanto vieterebbe di fatto l'utilizzo delle sue conoscenze da parte di un nuovo datore di lavoro in una posizione adeguata (BAG, v. 17.10.2024, 8 AZR 172/23).

Gli azionisti di una società italiana sono personalmente responsabili per il TFR

In Italia, ogni dipendente ha diritto a una somma di denaro accantonata mensilmente dal datore di lavoro, che gli viene poi corrisposta dopo la cessazione del rapporto di lavoro (TFR). Se questo non viene accantonato e la società viene liquidata e cancellata, gli azionisti sono personalmente responsabili per le prestazioni non pagate, anche nel caso di una società a responsabilità limitata (SAR) (v. 28.01.2025, n. 1934/2025).

DIRITTO SUCCESSORIO

Modifiche della normativa italiana sull'imposta di successione

Nel mese di febbraio, dopo un periodo di adattamento dei programmi informatici del ministero, sono entrate a regime le modifiche del testo unico sull'imposta di successione e donazione, introdotte dalla riforma (D.Lgs. 139/24), applicabili alle successioni aperte dal 01.01.2025.

Tra le novità più rilevanti, segnaliamo

- l'obbligo del contribuente di liquidare da sé l'imposta di successione o di donazione a suo carico, che dovrà essere pagata entro 90 giorni dal giorno dal termine di presentazione della dichiarazione di successione. L'Autorità Finanziaria controllerà l'autoliquidazione. Il cittadino è quindi reso responsabile anche in questo ambito.
- possibilità di ottenere lo svincolo dei conti bancari, prima della presentazione della dichiarazione di successione, limitatamente a quanto occorra a pagare le imposte ipotecarie, catastali e di bollo, qualora l'erede unico abbia meno di 26 anni.
- precisazione delle condizioni di esenzioni dall'imposta riguardo al trasferimento familiare di azienda a favore dei discendenti o del coniuge, purché ciò comporti l'acquisizione del controllo societario o il consolidamento di un controllo già esistente, e i beneficiari - in caso di azienda - proseguano l'esercizio d'impresa per cinque anni, ovvero in caso di trasferimento quote e azioni, mantengano il controllo o la titolarità per cinque anni.
- disciplina della tassazione dei trust, che potrà avvenire o "in uscita", cioè nel momento in cui i beni conferiti in trust verranno trasferiti ai beneficiari finali, oppure, a discrezione del disponente, "in entrata", cioè quando i beni vengono apportati nel trust. Ricordiamo che l'Italia - a differenza della Germania - ha ratificato nel 1992 la Convenzione dell'Aja del 1985 sulla legge applicabile ai Trust e al loro riconoscimento.

Segnaliamo infine che con circolare 29/E del 2023, l'agenzia delle entrate ha aderito all'interpretazione della Giurisprudenza prevalente e confermato la soppressione del c.d. "coacervo" nelle successioni. Pertanto, il valore di donazioni fatte in vita non si somma all'asse ereditario per valutare un eventuale superamento delle franchigie di cui godono gli eredi, mentre il coacervo rimane in sede di donazioni successive.

L'imposta italiana sulle successioni e donazioni, anche dopo questa riforma, si conferma, in linea di principio, meno gravosa per il contribuente di quella tedesca, particolarmente se oggetto del trasferimento è un'azienda o quote o azioni che permettono al beneficiario di acquistare o mantiene il controllo societario.

IMMOBILIENSEITE

Italien: Gesetzesneuheiten ab dem 1. Januar 2025

Wie üblich hat das neue Jahr auch im Immobilien-sektor einige Neuerungen mit sich gebracht:

- Die Besteuerung von Immobilienvorverträgen wurde durch die Angleichung der Sätze für Haftgeld und Anzahlungen gleichgestellt, die nun beide bei 0,5 % liegen;
- Um Anreize für den Immobilienmarkt zu schaffen und den Wechsel der Erstwohnung zu erleichtern, wird die gesetzlich festgelegte Jahresfrist für den Verkauf der bisherigen „Erstwohnung“ geändert. Insbesondere werden bei einem erneuten Kauf einer Erstwohnung zwei Jahre (statt einem) für den Verkauf der zuvor erworbenen Erstwohnung gewährt. Die so genannte „posthume infra-biennale Veräußerung“ wird all jenen offenstehen, die am oder nach dem 1. Januar 2025 eine Immobilie mit der Erstwohnungssteuervergünstigung erwerben werden. Die Vergünstigung gilt nicht für Steuerpflichtige, bei denen die Einjahresfrist für die Veräußerung der zuvor in Besitz genommenen Immobilie bereits vor Inkrafttreten der neuen Regelung abgelaufen ist;
- In Immobilienkaufverträgen ist es nun möglich, anstelle des dem Vermittler geschuldeten Betrages die Rechnungsnummer anzugeben, um die Pflicht zur Angabe der Vermittlungskosten zu erfüllen;
- die Tabellen zur Berechnung des Wertes der Nießbrauchsrechte wurden an den gesetzlichen Zinssatz von 2025 angepasst und es wird darauf hingewiesen, dass ab dem 1. Januar 2025 bei der Berechnung des Wertes des Nießbrauchs und des bloßen Eigentums nicht von einem gesetzlichen Zinssatz von weniger als 2,5 % ausgegangen werden darf;
- Die Vorschriften über die Steuerabzüge für die Sanierung von Gebäuden und die energetische Sanierung von Gebäuden wurden geändert, wobei die Bedingungen und Sätze für die Abzüge geändert und unter anderem die Regelung für Gebäude, die als Hauptwohnsitz genutzt werden, differenziert wurden. Auch der so genannte Superbonus wurde geändert.

Veräußerungsgewinne aus Immobilien: auch ohne Spekulationsabsicht steuerpflichtig

Der Kassationsgerichtshof hat in seinem Urteil Nr. 11786 vom 5. Mai 2025 klargestellt, dass die Veräußerung einer nicht als Hauptwohnsitz genutzten Immobilie innerhalb von fünf Jahren für die Zwecke von Irpef steuerpflichtig ist, auch wenn kein reiner Gewinnzweck vorliegt.

Der Veräußerungsgewinn aus dem Verkauf eines Hauses, das vor weniger als fünf Jahren auf andere Weise als durch Erbschaft erworben wurde, stellt nur dann kein steuerpflichtiges Einkommen dar, wenn der Veräußerer die Immobilie als Hauptwohnsitz nutzt. In allen anderen Fällen ist er steuerpflichtig.

Hauskauf: Die Beweislast für das Nichtvorhandensein von Mängeln an der Immobilie liegt beim Verkäufer

In einem kürzlich ergangenen Urteil des Kassationsgerichtshofs (Nr. 8903/2025, veröffentlicht am 4. April 2025) wurde ein grundlegendes Prinzip in Bezug auf Vorverträge für Immobilienverkäufe aufgestellt: Es obliegt dem Verkäufer, das Nichtvorhandensein von Mängeln an der Immobilie zu beweisen und nicht dem Käufer, deren Vorhandensein.

Macht der Kaufinteressent bei einem Vorvertrag über den Verkauf einer Immobilie als Grundlage für seine Klage auf Auflösung des Vertrags und als Rechtfertigung für seine Weigerung, den endgültigen Vertrag gemäß Art. 1460 cc zu schließen, das Vorhandensein von Mängeln an der Immobilie (wie Schimmel, Risse und Feuchtigkeit) geltend, die nach Abschluss des Vorvertrags und vor Ablauf der Frist für den endgültigen Vertrag aufgetreten sind und die Immobilie für die vereinbarte Nutzung untauglich machen, liegt die Beweislast beim versprechenden Verkäufer, der beweisen muss, dass die behaupteten Mängel nicht vorhanden sind oder dass er seine Verpflichtung zur Übergabe der Immobilie in einem gebrauchstauglichen Zustand ordnungsgemäß erfüllt hat.

In der Praxis müssen die Verkäufer den Zustand der Immobilie vor der Unterzeichnung dokumentieren und Beweise (Fotos, Gutachten) aufbewahren, um Streitigkeiten zu vermeiden.

Der Käufer hingegen wird besser geschützt: Bei verborgenen Mängeln muss er nicht mehr deren Ursprung beweisen, sondern kann sich auf die Nichterfüllung durch den Verkäufer berufen.

Unpfändbarkeit der "Erstwohnung" (prima casa)

In seinem Beschluss Nr. 32759 vom 16. Dezember 2024 hat der Kassationsgerichtshof den Grundsatz bekräftigt, dass die einzige Immobilie des Schuldners nicht gepfändet werden darf, insbesondere wenn sie als Hauptwohnsitz des Schuldners genutzt wird und nicht unter die Kategorie der Luxuswohnungen fällt.

Eine Ausnahme von diesem Grundsatz ist vorgesehen, wenn die Schulden 120.000 Euro übersteigen, die Hypothek auf die Immobilie mindestens sechs Monate vor Einleitung des Vollstreckungsverfahrens eingetragen wurde und der Schuldner nicht gezahlt hat.

Deutschland: Maklerprovisionen werden geteilt

Seit dem Jahr 2022 wird in Deutschland die Maklerprovision beim Immobilienkauf zwischen Verkäufer und Käufer geteilt. Bemühungen der Verkäuferseite, diese Vorschrift zu umgehen, hat der BGH in einer neuen Entscheidung (6.03.2025, I ZR 138/24) eine Absage erteilt.

In dem entschiedenen Fall hatte der Verkäufer einen Makler beauftragt, der ursprünglich dafür 25.000 Euro in Rechnung stellte. Der Verkäufer ermäßigte den Kaufpreis um 25.000 Euro, dafür sollte der Käufer die Provision übernehmen. Er verpflichtete sich dazu gegenüber dem Makler und zahlte auch.

Nachdem der Käufer offensichtlich von einem Rechtsanwalt über die Gesetzeslage belehrt wurde, klagte er gegen den Verkäufer auf Rückzahlung der (vollen) Provision und das mit Erfolg. Der BGH ist Auffassung, dass der Verstoß gegen den Halbteilungsgrundsatz zur Nichtigkeit der gesamten Vereinbarung führte, sodass der Käufer überhaupt keine Maklerprovisionen schuldet.

Alle Leser, die sich jetzt überlegen, vom Verkäufer die Erstattung der Maklerprovisionen zu fordern, sollten die 3-jährige Verjährungsfrist zum Jahresende nach deutschem Recht beachten; Forderungen aus dem Jahr 2022 verjähren zum 31.12.2025.

FAMILIENRECHT

Italien: Leibmutter, Wunschmutter

Das Verfassungsgericht hat kürzlich den Status eines in Italien geborenen Kindes, dessen Mutter im Ausland medizinisch assistierte Fortpflanzungstechniken (PMA) in Anspruch genommen hat (Leibmutter), gegenüber der Wunschmutter (Partnerin der Leibmutter), die sich verpflichtet hat, die elterliche Verantwortung für das ungeborene Kind auszuüben und vorher ihre Zustimmung zur Anwendung dieser Techniken seitens ihrer Partnerin gegeben hat, als Kind im rechtlichen Sinne anerkannt. Das Gericht hat mit Urteil Nr. 68 vom 22.5.2025 Artikel 8 des Gesetzes 40/2004 für verfassungswidrig erklärt, gerade weil er keinen "doppelten" Schutz des Kindes vorsah, das nicht nur gegenüber der leiblichen Mutter, sondern auch gegenüber der Wunschmutter als Kind anzuerkennen ist.

Deutsche Reform zum Recht auf (doppelten) Familiennamen

Am 01.05.2025 ist in Deutschland ein neues Gesetz in Kraft getreten, das vor allem die doppelte Familienbezeichnung für Ehepartner und Kinder einführt.

Ehepartner und Kinder können nun als Familiennamen einen Doppelnamen wählen, der aus der Aneinanderreihung der beiden Familiennamen, gegebenenfalls verbunden durch einen Bindestrich, gebildet werden kann. Die Reihenfolge der beiden Namen ist frei wählbar (z. B. Klum Müller; Müller Klum oder Klum-Müller oder Müller-Klum).

Kinder haben die Möglichkeit, später einen Doppelnamen zu wählen, auch wenn die verheirateten Eltern keinen Doppelnamen gewählt haben. Die gleiche Möglichkeit wird Kindern eingeräumt, deren Eltern nicht miteinander verheiratet sind.

Die Reform sieht außerdem eine Erleichterung für die Änderung (Wiederherstellung) des ersten Nachnamens für Kinder geschiedener Eltern oder Kinder, die vom Ehepartner eines Elternteils adoptiert wurden, vor, falls sie den Nachnamen, den sie zuvor durch Adoption oder Heirat des Elternteils erhalten haben, wieder annehmen möchten. Im Falle einer Scheidung kann das mit dem Elternteil zusammenlebende Kind ebenfalls seinen Nachnamen ändern, wenn der Elternteil seinen früheren Nachnamen anstelle des bei der Eheschließung gewählten Familiennamens wieder annehmen möchte. Ist das Kind minderjährig und trägt es den Nachnamen des anderen Elternteils, der die elterliche Sorge ausübt, ist dessen Einwilligung erforderlich. Hat das Kind das fünfte Lebensjahr vollendet, muss es der Änderung des Nachnamens zustimmen.

In gleichem Maße wird volljährigen Kindern die Möglichkeit eingeräumt, ihren Nachnamen zu ändern oder einen zweiten Nachnamen hinzuzufügen.

Bei der Adoption eines Volljährigen besteht keine Verpflichtung mehr, den eigenen Nachnamen zu ändern und den des Adoptivelternteils anzunehmen. Auch in diesem Fall ist die Wahl eines Doppelnamens möglich.

Nicht zuletzt ist auch die Änderung des Anknüpfungskriteriums im internationalen Namensrecht von Bedeutung: Vor dieser Reform bestimmte das deutsche Recht das auf die Staatsangehörigkeit der Person anwendbare Recht, nunmehr wird das anwendbare Recht anhand des gewöhnlichen Aufenthaltsorts bestimmt. VR

PAGINA IMMOBILIARE

Italia: Novità legislative in campo immobiliare a partire dal primo gennaio 2025

Come di consueto il nuovo anno ha portato novità anche nel settore immobiliare:

- è stata semplificata la tassazione dei contratti preliminari immobiliari in quanto sono state parificate le aliquote di caparra confirmatoria e acconti, oggi entrambe allo 0,5%;
- al fine di incentivare il mercato immobiliare e agevolare il cambio della prima casa di abitazione, è modificato il termine annuale dalla legge per l'alienazione della precedente "prima casa". In particolare, vengono concessi due anni (invece di uno) per vendere la prima casa precedentemente acquistata, in ipotesi di ulteriore acquisto di immobile prima casa. Potranno avvalersi della c.d. "alienazione infra-biennale postuma" tutti coloro che acquisteranno un immobile con le agevolazioni prima casa a partire dal 1° gennaio 2025. Il beneficio non sarà disponibile per i contribuenti per cui la scadenza di un anno per l'alienazione dell'immobile pre-posseduto si sia già conclusa prima dell'entrata in vigore della nuova norma;
- negli atti di compravendita immobiliare, in riferimento l'obbligo di menzionare i compensi per le spese di mediazione, è oggi possibile indicare il numero di fattura in luogo dell'importo dovuto al mediatore;
- sono stata adeguate le tabelle per il calcolo del valore del diritto di usufrutto al tasso di interesse legale del 2025 e si fa presente che a decorrere dal 1° gennaio 2025 per il calcolo del valore dell'usufrutto e della nuda proprietà non può essere assunto un saggio legale di interesse inferiore al 2,5%;
- è stata modificata la disciplina delle detrazioni fiscali previste in materia di recupero del patrimonio edilizio e di riqualificazione energetica degli edifici, intervenendo su termini e aliquote di detrazione e differenziando, tra l'altro, il regime nel caso di immobili adibiti ad abitazione principale. Modifiche sono apportate anche in materia del c.d. Superbonus;

Plusvalenze immobiliari: tassabili anche se non vi è la volontà speculativa

La Corte di Cassazione ha chiarito con sentenza n. 11786 del 5 maggio 2025 che vendita entro cinque anni di un immobile non adibito ad abitazione principale, ricade tra le ipotesi tassabili ai fini Irpef pur in assenza dello scopo di mero guadagno.

La plusvalenza derivante dalla vendita di una casa acquistata da meno di cinque anni in base a un titolo diverso dalla successione non costituisce reddito tassabile soltanto se il cedente adibisce l'immobile ad abitazione principale. Negli altri casi è soggetta a tassazione.

Compravendita: spetta al venditore dimostrare l'assenza di vizi nell'immobile

Una recente sentenza della Corte di Cassazione (n. 8903/2025, pubblicata il 4 aprile 2025) ha stabilito un principio fondamentale in materia di contratti preliminari di compravendita immobiliare: spetta al venditore dimostrare l'assenza di vizi nell'immobile, non all'acquirente provarne l'esistenza.

In tema di contratto preliminare di compravendita immobiliare, qualora il promissario acquirente allegi, a fondamento della domanda di risoluzione per inadempimento del promittente venditore e a giustificazione del proprio rifiuto di stipulare il definitivo ex art. 1460 c.c., l'esistenza di vizi dell'immobile (quali muffe, crepe e umidità) manifestatisi dopo la conclusione del preliminare e prima della scadenza del termine per il definitivo, tali da rendere il bene inidoneo all'uso pattuito, l'onere della prova grava sul promittente venditore, il quale deve dimostrare l'insussistenza dei vizi dedotti ovvero di aver esattamente adempiuto l'obbligazione di trasferire l'immobile in condizioni idonee all'uso.

In pratica i venditori dovranno documentare lo stato dell'immobile prima della stipula e conservare prove (foto, perizie) per evitare contestazioni.

Mentre gli acquirenti saranno più tutelati: in caso di vizi latenti, non saranno costretti a provarne l'origine, ma potranno invocare l'inadempimento del venditore.

Prima casa e impignorabilità dell'immobile

Con l'ordinanza n. 32759 del 16 dicembre 2024, la Corte di Cassazione ha riaffermato il principio dell'impignorabilità dell'unico immobile di proprietà del debitore, specificatamente quando questo sia adibito ad abitazione principale e non rientri nella categoria delle abitazioni di lusso.

Deroga a tale principio è prevista qualora i debiti siano superiori a 120.000 euro, l'ipoteca sull'immobile sia stata iscritta almeno sei mesi prima dell'avvio della procedura esecutiva e il debitore non abbia provveduto al pagamento.

Germania: le commissioni di intermediazione vanno sempre divise

Dal 2022 in Germania la commissione dell'agente immobiliare per la compravendita di immobili è suddivisa tra venditore e acquirente. In una recente sentenza (6.03.2025, I ZR 138/24), la Corte Suprema Federale ha respinto i tentativi del venditore di aggirare questa disposizione.

Nel caso in esame, il venditore aveva incaricato un agente immobiliare che inizialmente aveva fatturato 25.000 euro. La venditrice ha ridotto il prezzo di vendita di 25.000 euro, a fronte del quale l'acquirente avrebbe dovuto farsi carico della commissione. Quest'ultimo si è impegnato in tal senso nei confronti dell'agente immobiliare e ha anche pagato.

Dopo essere stato evidentemente informato da un legale sulla situazione giuridica, l'acquirente ha citato in giudizio il venditore per il rimborso (totale) della commissione, ottenendo ragione. La Corte Suprema Federale ritiene che la violazione del principio di divisione a metà abbia comportato la nullità dell'intero accordo, cosicché l'acquirente non era tenuto a pagare alcuna commissione all'agente immobiliare.

Tutti i lettori che stanno ora valutando la possibilità di richiedere all'acquirente il rimborso delle commissioni di intermediazione devono tenere conto del termine di prescrizione di 3 anni alla fine dell'anno secondo il diritto tedesco; i crediti del 2022 cadranno in prescrizione il 31.12.2025.

DIRITTO DI FAMIGLIA

Italia: Madre biologica, madre intenzionale

La Corte Costituzionale ha recentemente riconosciuto lo stato di figlio, al nato in Italia da donna che ha fatto ricorso all'estero a tecniche di procreazione medicalmente assistita (PMA), anche nei confronti dell'altra donna, che ha assunto l'impegno di esercitare responsabilità genitoriale verso il nascituro e ha espresso il preventivo consenso al ricorso alle tecniche medesime. La Corte con la sentenza n. 68 del 22/5/2025 ha dichiarato l'art. 8 della legge 40/2004 costituzionalmente illegittimo proprio perché non prevedeva una "doppia" tutela del figlio, di essere considerato tale non solo nei confronti della madre biologica ma anche nei confronti della madre intenzionale.

Riforma tedesca sul diritto al (doppio) cognome

Dal 01.05.2025 è entrata in vigore in Germania una nuova legge che introduce principalmente il doppio cognome per i coniugi e per i figli.

I coniugi ed i figli possono ora scegliere come cognome della famiglia un doppio cognome, che può essere formato dalla sequenza dei due cognomi eventualmente congiunti da un trattino. La posizione dei due nomi è a scelta (es: Kühn Müller; Müller Klum o Klum-Müller, o Müller-Klum).

Ai figli è data la possibilità di scegliere successivamente il doppio cognome, anche se i genitori sposati non hanno tra loro scelto un doppio cognome. La stessa possibilità viene riconosciuta ai figli, i cui genitori non sono sposati tra loro.

La riforma inoltre prevede un'agevolazione a cambiare (ripristinare) il primo cognome per i figli di genitori divorziati o quelli che sono stati adottati dal coniuge del genitore, nel caso non volessero mantenere il cognome che hanno acquisito in precedenza a seguito dell'adozione o del matrimonio del genitore. In caso di divorzio, qualora il genitore volesse riprendere il suo primo cognome rispetto al cognome della famiglia scelto in occasione del matrimonio, il figlio con lui convivente può anch'esso modificare il suo cognome. Se il figlio è minorenne e porta il cognome dell'altro genitore esercente la responsabilità genitoriale è necessario il suo consenso. Altrimenti, se il figlio ha compiuto cinque anni deve acconsentire al cambio del cognome.

In eguale misura viene riconosciuta la possibilità ai figli maggiorenni di modificare o di aggiungere un secondo cognome.

In caso di adozione di maggiorenne non è più previsto l'obbligo di cambiare il proprio cognome ed assumere quello del genitore adottante. Anche in questo caso è possibile scegliere un doppio cognome.

Infine, ma non meno importante è il cambio di rotta riguardo al criterio di collegamento nel diritto internazionale in materia di nomi: prima di questa riforma la legge tedesca individuava e collegava la legge applicabile alla cittadinanza del soggetto, ora invece il collegamento alla legge applicabile è individuato dal luogo di residenza abituale. VR

GESELLSCHAFTSRECHT

Internationales Gesellschaftsrecht: Niederlassungsfreiheit bei Auseinanderfallen von Satzungs- und Verwaltungssitz einer Gesellschaft

Der EuGH hat entschieden, dass die Regelung eines Mitgliedstaats, die generell vorsieht, dass sein nationales Recht auf die Verwaltungshandlungen einer Gesellschaft anwendbar ist, die ihren Sitz in einem anderen Mitgliedstaat hat, den überwiegenden Teil ihrer Tätigkeit jedoch im erstgenannten Mitgliedstaat entfaltet, nicht mit dem EU-Recht vereinbar ist (EuGH, Urteil v. 25.4.2024 - C-276/22).

Ein italienisches Unternehmen war Eigentümer eines in Italien belegenen Schlosses. Der Geschäftszweck des Unternehmens war die Verwaltung dieses Eigentums. Die Gesellschaft verlegte ihren Sitz von Italien nach Luxemburg und wurde folglich in eine luxemburgische Gesellschaft umgewandelt und neu gegründet, während diese das Schloss in Italien weiter verwaltete. Die Gesellschaft übertrug das Eigentum an dem Schloss auf Dritte, erhob jedoch im Nachgang Klage und beantragte die Feststellung der Nichtigkeit der Eigentumsübertragung an dem Schloss, da diese nach italienischem Recht wegen angeblich mangelnder organschaftlicher Vertretung rechtswidrig gewesen sei. Die Klage wurde in erster Instanz abgewiesen. Das Berufungsgericht gab der Klage statt und verwies auf die Anwendung italienischen Rechts auf Gesellschaften, die zwar ihren Sitz in einem anderen Staat haben, ihren Hauptgeschäftszweck aber in Italien verwirklichen. Das treffe auf das streitgegenständliche Unternehmen zu, weil der Hauptgeschäftszweck in der Verwaltung des in Italien belegenen Schlosses liege. Der italienische Kassationsgerichtshof legte den Fall schließlich wegen Zweifeln an der Vereinbarkeit dieser nationalen Regelung mit der Niederlassungsfreiheit dem EuGH vor.

Der EuGH traf seine Entscheidung unter Berücksichtigung der Art. 49 AEUV in Verbindung mit Art. 54 AEUV, welche die Niederlassungsfreiheit auf Gesellschaften erweitern, die nach den Rechtsvorschriften eines Mitgliedstaats gegründet wurden und ihren satzungsmäßigen Sitz, ihre Hauptverwaltung oder ihre Hauptniederlassung innerhalb der Europäischen Union haben. Dies traf im vorliegenden Fall zu. Das Unternehmen wurde als luxemburgische Gesellschaft gegründet, hatte seinen Sitz in Luxemburg und übte den Großteil seiner Tätigkeit in einem anderen Mitgliedstaat, nämlich Italien, aus.

Nach Auffassung des EuGH sind alle Maßnahmen, die die Ausübung der Niederlassungsfreiheit verhindern, behindern oder weniger attraktiv machen, als Beschränkungen dieser Freiheit gem. Art. 49 AEUV anzusehen. Das ist dann der Fall, wenn sich eine Gesellschaft zwei Rechtsordnungen unterwerfen müsste, weil einerseits wegen der Niederlassungsfreiheit das Recht eines Mitgliedsstaates anwendbar wäre (hier luxemburgisches Recht) und andererseits eine zusätzliche Jurisdiktion, weil der entsprechende andere Mitgliedsstaat dies aufgrund von nationalem Recht anordnet (hier italienisches Recht). Eine solche kumulative Rechtsanwendung kann zwar gerechtfertigt sein. Der Gerichtshof war aber von den Einwänden der italienischen Regierung, die das italienische Recht zum Schutz von Gläubigern, Minderheitsgesellschaften und Arbeitnehmern ins Feld führte, nicht davon überzeugt,

weil die streitgegenständliche Regel aufgrund ihrer Pauschalität nicht geeignet war, den vorgetragenen Schutz zu erreichen. Insbesondere bestünde die Möglichkeit, dass auch das Recht des anderen Mitgliedstaates den entsprechenden Schutz gewährleistet.

Auch der Einwand der italienischen Regierung zur Verhinderung von Steuerhinterziehung überzeugte den Gerichtshof nicht. Nach seiner ständigen Rechtsprechung kann allein der Umstand, dass eine Gesellschaft mit Sitz in einem Mitgliedstaat den Hauptteil ihrer Tätigkeiten in einem anderen Mitgliedstaat ausübt, nicht die allgemeine Vermutung der Steuerhinterziehung begründen. Gerechtfertigt ist die Beeinträchtigung der Niederlassungsfreiheit überzeugenderweise nur dann, wenn die Niederlassung rein künstlich und nur zum Zweck der Steuerentziehung erfolgt. Wenn eine nach italienischem Recht gegründete Gesellschaft sich in einem anderen Mitgliedsstaat niederlässt (und auch neu gründet) und weiterhin hauptsächlich in Italien tätig ist, ist das nach Ansicht des Gerichts nicht per se missbräuchlich. Sofern die streitgegenständliche Regelung in Italien nur besteht, weil sie davon ausgeht, dass dieses Verhalten missbräuchlich ist, wäre sie im Übrigen unverhältnismäßig.

Recht auf Einsichtnahme und Kontrolle des Gesellschafters einer italienischen GmbH (S.r.l.).

Das Landgericht Venedig hat sich in einem interessanten Urteil vom 29.06.2024 eingehend mit der Frage nach den Grenzen und Voraussetzungen des Einsichts- und Kontrollrechts des Gesellschafters einer italienischen GmbH (S.r.l.) beschäftigt.

Zunächst stellte das Gericht klar, dass der Gesellschafter einer S.r.l. gemäß Artikel 2476, 2 cc das Recht hat, die Tätigkeit der Geschäftsführung zu überprüfen und zu kontrollieren, unabhängig von der Höhe seiner Beteiligung. Dabei handelt es sich um ein Recht, dessen Ausübung keine Begründung seitens des Gesellschafters erfordert; Sinn der Regelung ist es, dem Gesellschafter eine Kontrolle über die Führung der Gesellschaft zu ermöglichen.

Der Gesellschaft obliegt die Darlegungs- und Beweislast dafür, dass der Gesellschafter sein Einsichtsrecht missbraucht. Besteht beispielsweise der begründete Verdacht, dass der Gesellschafter sein Recht in betrügerischer Absicht oder zur Behinderung der Gesellschaft ausübt, kann der Antrag des Gesellschafters abgelehnt werden. Um den Schutz seines Rechts, möglicherweise auch in Form einer einstweiligen Verfügung, zu erlangen, muss der Gesellschafter daher lediglich seine Eigenschaft als Gesellschafter und die Nichterfüllung durch die Gesellschaft nachweisen. Die Gesellschaft hingegen muss einen Rechtsmissbrauch des Gesellschafters nachweisen, um die Verweigerung zu rechtfertigen.

Auskunftspflicht des treuwidrigen GmbH-Gesellschaftsführers

Das OLG Brandenburg hat entschieden (Urteil vom 4.12.2024 – 4 U 65/23), dass ein GmbH-Gesellschaftsführer, der während seiner Amtszeit eine Konkurrenzgesellschaft gründet, auch nach seinem Ausscheiden aus dem Amt zur Auskunft über seine Geschäftstätigkeiten

in Bezug auf diese Konkurrenzgesellschaft verpflichtet ist. Der beklagte Geschäftsführer hatte während seiner Tätigkeit Aufträge der GmbH an sich gezogen und diese auf sein Konkurrenzunternehmen übertragen. Die klagende GmbH forderte Auskunft über die Geschäftstätigkeiten des Geschäftsführers, um mögliche Zahlungsansprüche zu beziffern. Das Gericht stellte fest, dass die Auskunftspflicht des Geschäftsführers von einem begründeten Verdacht einer Pflichtverletzung und dem Informationsbedürfnis der Gesellschaft abhängt. Es wurden Verstöße gegen Wettbewerbsverbote sowie die Entziehung von Geschäftschancen als Verletzungen der gesellschaftsrechtlichen Treuepflicht festgestellt.

Dieses Urteil ist vertretbar, der BGH hatte bereits 2021 entschieden (II ZR 140/20), dass ein Geschäftsführer einer GmbH auch nach seiner Abberufung und Beendigung seines Geschäftsführeranstellungsvertrags gegenüber der Gesellschaft aus § 666 i.V.m. §§ 675, 611 BGB zur Auskunftserteilung verpflichtet ist, wenn er mit der verlangten Auskunft eine Pflichtverletzung offenbaren würde. Zusätzlich wird darauf hingewiesen, dass eine vorbereitende Auskunftsklage gegen den Geschäftsführer sinnvoll sein kann, um einer späteren Organhaftungsklage vorzubeugen.

Kontrolle des Gesellschafters einer italienischen GmbH (S.r.l.) im Wettbewerb mit der Gesellschaft

Das Landgericht Venedig hat am 31.8.2024 (Nr. 2482/2024) über den Umfang des Kontrollrechts des Gesellschafters einer srl entschieden.

Das dem Gesellschafter zustehende Kontrollrecht umfasst sowohl das Recht auf Information, das durch die Anforderung von Auskünften über den Geschäftsverlauf der Gesellschaft ausgeübt wird, als auch das Recht auf Zugang zu den Unterlagen der Gesellschaft, das in einem weiten Sinne zu verstehen ist und sich auf alle vertraglichen, verwaltungstechnischen, buchhalterischen und steuerlichen Unterlagen der Gesellschaft bezieht, mit dem Recht, Kopien zu machen. Die konkreten Modalitäten der Ausübung seines Kontrollrechts sind dem Gesellschafter überlassen, d.h. er kann entscheiden, ob er sich auf das Verlangen von Informationen beschränkt oder ob er die Einsichtnahme in die Unternehmensunterlagen verlangt.

Das Recht eines Gesellschafters auf Kontrolle an keine andere Voraussetzung als die Mitgliedschaft geknüpft, da es keine Mindestbeteiligungsschwelle vorgesehen ist. Die einzige Einschränkung betrifft den Grundsatz von Treu und Glauben und des redlichen Verkehrs. D.h., dass der Gesellschafter seine Auskunfts- und Einsichtsrechte nicht in der Weise ausüben darf, dass er die Verwaltung der Gesellschaft unnötig behindert oder ihre Tätigkeit der Gesellschaft beeinträchtigt oder schadet.

Darüber hinaus muss das Einsichtsrecht des Gesellschafters gegen das Vertraulichkeitsbedürfnis der Gesellschaft abgewogen werden, wenn ein Wettbewerbsverhältnis mit der Gesellschaft besteht und das Einsichtsrecht zu anderen Zwecken als denen der Kontrolle ausgeübt wird. Ein Gesellschafter, der eine Tätigkeit im Wettbewerb mit der beteiligten Gesellschaft ausübt, darf keinen Zugang zu Informationen haben darf, die er zu Wettbewerbsvorteilen auf dem Markt nutzen kann.

DIRITTO SOCIETARIO

Diritto societario internazionale: libertà di stabilimento in caso di disallineamento tra sede legale e sede amministrativa di una società

La Corte di giustizia dell'UE ha stabilito che la normativa di uno Stato membro che prevede in generale l'applicabilità del proprio diritto nazionale agli atti amministrativi di una società che ha la sede in un altro Stato membro, ma svolge la maggior parte della propria attività nel primo Stato membro, non è compatibile con il diritto dell'Unione (Corte di giustizia dell'Unione europea, sentenza del 25 aprile 2024 - C-276/22).

Una società italiana era proprietaria di un castello situato in Italia. L'oggetto sociale della società era la gestione di tale proprietà. La società ha trasferito la propria sede dall'Italia al Lussemburgo ed è stata quindi trasformata e ricostituita in una società lussemburghese, continuando a gestire il castello in Italia. La società ha poi trasferito la proprietà del castello a terzi, ma ha successivamente agito giudizialmente chiedendo l'annullamento del trasferimento della proprietà del castello, in quanto illegittimo ai sensi del diritto italiano, sussistendo un difetto di rappresentanza organica. Il ricorso è stato respinto in primo grado. La Corte d'appello ha accolto il ricorso applicando il diritto italiano alle società che, pur avendo sede in un altro Stato, realizzano il loro oggetto sociale principale in Italia. Ciò si applicava alla società oggetto della controversia, poiché l'attività principale consisteva nella gestione del castello situato in Italia. La Corte di Cassazione italiana ha infine sottoposto il caso alla Corte di giustizia dell'UE per dubbi sulla compatibilità di tale normativa nazionale con la libertà di stabilimento.

La Corte di giustizia ha pronunciato la sua sentenza tenendo conto dell'art. 49 TFUE in combinato disposto con l'art. 54 TFUE, che estende la libertà di stabilimento alle società costituite secondo la legislazione di uno Stato membro e che hanno la sede statutaria, l'amministrazione centrale o la sede principale all'interno dell'UE. Ciò era applicabile al caso di specie. La società era stata costituita come società lussemburghese, aveva sede in Lussemburgo ed esercitava la maggior parte della sua attività in un altro Stato membro, vale a dire l'Italia.

Secondo la Corte di giustizia, tutte le misure che impediscono, ostacolano o rendono meno attraente l'esercizio della libertà di stabilimento devono essere considerate restrizioni di tale libertà ai sensi dell'articolo 49 TFUE. Ciò si verifica quando una società deve sottostare a due ordinamenti giuridici, da un lato perché, in virtù della libertà di stabilimento, sarebbe applicabile il diritto di uno Stato membro (nel caso di specie, il diritto lussemburghese) e, dall'altro, una giurisdizione supplementare, perché l'altro Stato membro lo impone in base al proprio diritto nazionale (nel caso di specie, il diritto italiano). Una tale applicazione cumulativa del diritto può essere giustificata. Tuttavia, la Corte non ha ritenuto convincenti le obiezioni sollevate dal governo italiano, che invocava il diritto italiano a tutela dei creditori, dei soci di minoranza e dei lavoratori, poiché la norma controversa, data la sua natura generica, non era idonea a garantire la tutela invocata. In particolare,

sarebbe possibile che anche il diritto dell'altro Stato membro garantisca la tutela corrispondente.

Neppure l'obiezione del governo italiano relativa alla prevenzione dell'evasione fiscale ha convinto la Corte. Secondo la sua giurisprudenza costante, il solo fatto che una società con sede in uno Stato membro eserciti la parte principale delle sue attività in un altro Stato membro non può giustificare la presunzione generale di evasione fiscale. La restrizione alla libertà di stabilimento è giustificata in modo convincente solo se lo stabilimento è puramente artificiale e ha il solo scopo di eludere il pagamento delle imposte. Secondo la Corte, il fatto che una società costituita secondo il diritto italiano si stabilisca (e si ricostituiscia) in un altro Stato membro continuando a svolgere la maggior parte delle sue attività in Italia non costituisce di per sé un abuso. Se la normativa controversa in Italia esiste solo perché presume che tale comportamento sia abusivo, essa sarebbe inoltre sproporzionata.

Diritto societario: diritto di ispezione e controllo del socio di una S.r.l.

Il Tribunale di Venezia (S.D. del 29 giugno 2024) ha approfondito la questione dei limiti e i presupposti del diritto di ispezione e controllo del socio di una s.r.l.

In primis il Tribunale ha chiarito che il socio di una s.r.l. ha il diritto, ex art. 2476, 2 cc, di ispezionare e controllare l'operato dell'organo amministrativo, indipendentemente dalla sua quota di partecipazione. Si tratta di un diritto potestativo il cui esercizio non richiede una motivazione da parte del socio, la ragione di tale norma è quella di consentire al socio un controllo sull'amministrazione della società.

Spetta alla società l'onere di dimostrare che un eventuale abuso del socio per negare i diritti di accesso e di controllo. Qualora ad esempio vi sia il fondato motivo di ritenere che il socio eserciti il diritto con intenti emulativi o per ostacolare l'attività sociale, la richiesta del socio può essere rifiutata. Pertanto, al fine di ottenere tutela del proprio diritto, eventualmente anche in forma di un provvedimento cautelare, il socio dovrà solamente dimostrare la sua qualità di socio e il mancato adempimento da parte della società. La società, per legittimare il diniego, deve invece provare l'abuso del diritto da parte del socio.

Diritto societario tedesco: obblighi a carico dell'amministratore infedele di una GmbH

La Corte di Appello del Brandeburgo ha stabilito (sentenza del 4 dicembre 2024 - 4 U 65/23) che l'amministratore di una società a responsabilità limitata tedesca, che fonda parallelamente una società concorrente durante il suo incarico, è tenuto, anche dopo la cessazione della carica di amministratore, a fornire informazioni sulle sue attività in relazione a tale società concorrente.

Durante il periodo in cui era in carica, l'amministratore aveva trasferito alla sua società concorrente ordini indirizzati alla società. La società a responsabilità limitata ricorrente ha chiesto informazioni sulle attività commerciali dell'amministratore al fine

di quantificare eventuali richieste di danni. La Corte ha stabilito che l'obbligo di fornire informazioni da parte dell'amministratore sussiste qualora vi sia il fondato sospetto di una violazione dei suoi obblighi quali amministratore e se tali informazioni siano necessarie per la società danneggiata. Le violazioni dei patti di non concorrenza e la privazione di opportunità commerciali sono state ritenute violazioni del dovere di lealtà ai sensi del diritto societario tedesco.

Questa sentenza è condivisibile. La Corte federale tedesca aveva già stabilito nel 2021 (II ZR 140/20) che un amministratore di una società a responsabilità limitata è obbligato a fornire informazioni alla società ai sensi della sezione 666 in combinato disposto con le sezioni 675 e 611 del Codice civile tedesco (BGB) anche dopo la sua revoca e la risoluzione del suo contratto di amministratore, se con le informazioni richieste rivelerebbe una violazione degli obblighi. Inoltre, si rileva che un'azione preparatoria per ottenere informazioni contro l'amministratore può essere utile per prevenire una successiva azione di responsabilità contro gli amministratori.

Diritto societario: controllo del socio di una S.r.l. in concorrenza con la società partecipata

Con un sentenza del 31/8/2024 (n. 2482/2024) il Tribunale di Venezia ha deciso in merito alla portata del diritto di controllo del socio di una s.r.l.

Il diritto di controllo spettante al socio comprende sia il diritto all'informazione che si esercita attraverso la richiesta di notizie sullo svolgimento delle operazioni societarie, sia il diritto all'accesso alla documentazione societaria, da intendersi in senso ampio con riferimento a tutta la documentazione contrattuale, amministrativa, contabile e fiscale della società, con facoltà di estrarne copia. Spetta poi al socio la scelta sulle concrete modalità di esercizio del suo diritto di controllo, pertanto se limitarsi a richiedere informazioni o se pretendere la verifica della documentazione societaria.

Il diritto di controllo del socio non è subordinato ad alcun presupposto, salvo la qualità di socio, non essendo previsto uno sbarramento al di sotto una soglia di partecipazione minima. L'unico limite riguarda il principio di buona fede e correttezza. Ciò significa che il socio non può esercitare i propri diritti di informazione e di ispezione con modalità tali da recare inutilmente intralcio alla gestione sociale ovvero al fine di ostacolare l'attività della società o di danneggiarla. Inoltre, il diritto di controllo del socio deve essere bilanciato con le esigenze di riservatezza della società ogni volta in cui il socio richiedente si trovi in una relazione concorrenziale con la società stessa e il diritto di ispezione venga esercitato per finalità diverse da quelle di controllo, considerando la situazione specifica del socio. Per tali ragioni, si deduce che un socio che svolge un'attività concorrenziale con la società partecipata non possa avere accesso a informazioni che gli consentano di operare sul mercato con un vantaggio competitivo, e che possano essere da lui utilizzate per scopi estranei al controllo, a vantaggio di terzi e con potenziale pregiudizio per la società.

VERFAHRENSRECHT

Italien: Mediationsverfahren reformiert

Anders als in Deutschland ist das Mediationsverfahren in Italien in vielen Rechtsgebieten zwingend vorgeschrieben, bevor eine Klage eingereicht werden kann. Mit Gesetzesdekret Nr. 216 vom 27.12.2024 sind einige Neuerungen eingeführt worden; u.a. ist die Dauer des Verfahrens von drei auf sechs Monate verlängert worden, weitere Fristverlängerungen können gewährt werden, das Verfahren wurde weiter digitalisiert und die Prozesskostenhilfe wurde auch auf ausländische Parteien erweitert.

In diesem Zusammenhang ist eine Entscheidung des Landgerichts Neapel (3507/2025) erwähnenswert; ein vom Gericht erlassener Vollstreckungsbescheid (Decreto Ingiuntivo) ist auf den Widerspruch des Schuldners, der die fehlende Einleitung der Mediation durch den Gläubiger rügt, aufzuheben.

Italien: WhatsApp Nachrichten als Beweismittel zugelassen

Eine beklagte Partei wehrte sich gegen die Verwertung von WhatsApp-Nachrichten im Prozess und berief sich dabei auf den „codice di amministrazione digitale“, der für die Rechtsverbindlichkeit von Erklärungen bestimmte Formen verlangt. Der Kassationshof bestätigte hingegen seine Rechtsprechung, dass durch „Screenshots“ in Chat-Verläufen von WhatsApp in den Bereich der zulässigen Beweismittel nach Art. 2712 cc fallen würden und wies damit die Einwände zurück. WhatsApp Nachrichten sind als Beweismittel im italienischen Zivilprozess damit voll verwertbar (Cass. Civ. Sez II, 17.01.2025, Nr. 1254).

PEC: Zustellungen des Fiskus in jedem Fall wirksam

Was für Zustellungen unter Privaten nicht gilt: Zustellungen der Finanzbehörde sind in Italien wirksam, wenn sie durch das elektronische Postfach erfolgen (PEC), selbst wenn dieses voll oder inaktiv ist. Selbst wenn Empfänger eine falsche PEC-Adresse angegeben hat, kann der Fiskus wirksam an diese zustellen (Urteil des Kassationshofes vom 13.02.2025 (Nr. 3703).

BVerfG : Zu viel Vergleichsdruck kann Befangenheitsantrag begründen

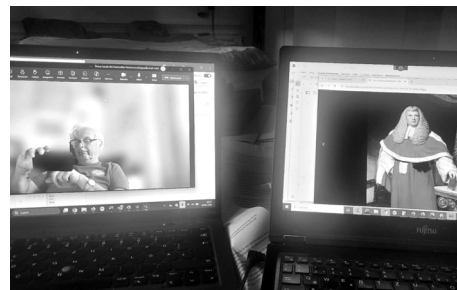
Ein nach wie vor wesentlicher Unterschied in den Gerichtsverhandlungen zwischen Italien Deutschland ist das Verhalten des Richters. Dem sphinxartigen italienischen Richter ist kaum ein Hinweis über seine vorläufige Rechtsauffassung zu entlocken, während der deutsche Richter die Parteien mit „vorläufigen Rechtsauffassungen“ bombardiert, um der einen Partei darzulegen, dass sie wenig Chancen habe und sich daher vergleichen soll, und der anderen Partei darzulegen, dass sie vielleicht mehr Chancen habe, aber erst eine kostenintensive Beweisaufnahme abwarten müsse, die das Gericht bestimmt nicht so schnell durchführen würde. Da sich zudem in der zweiten Instanz alles anders ergeben könnte, müsse sich auch diese Partei vergleichen. Die Partei, die in Deutschland ein Urteil möchte, muss diesen psychologischen Druck aushalten können.

Das Bundesverfassungsgericht hat jetzt entschieden, dass jedenfalls das Landgericht München es damit übertrieben habe, indem es die Parteien mit überlanger Prozessdauer bedrohte, wenn sie sich nicht vergleichen würden. Der Befangenheitsantrag

gegen die entscheidungsunwilligen Richter hatte zunächst beim OLG München keinen Erfolg, die sich anschließende Verfassungsbeschwerde hingegen schon: Das BVerfG (3.03.2025, 1 BvR 750/23 und 1 BvR 763/23) stellte einen Verstoß gegen Art 101 Abs. 1 S.2 und Art. 103 Abs.1 GG fest.

Teilnahme eines Frankfurter Richters an einer vom Gericht von Florenz angeordneten Videokonferenz in einem Rechtshilfeverfahren

Im Rahmen einer in Frankfurt anhängigen Erbsache hatte der deutsche Richter ein Rechtshilfeersuchen an das Gericht in Florenz gestellt, um eine Beweisaufnahme gemäß der Europäischen Verordnung Nr. 1783 von 2020 durchzuführen. Um dem Rechtshilfeersuchen Nachdruck zu verleihen, wurde der Richter in Florenz gebeten, eine Anhörung per Videokonferenz anzuberaumen, an der auch der Richter in Frankfurt teilnehmen konnte; Ziel war es, den Gegenstand der Beweisaufnahme besser zu definieren. Die Anhörung fand in Anwesenheit beider Richter statt und verlief erfolgreich, was auch den Anwälten der Parteien zu verdanken war, die als Dolmetscher fungieren konnten. AC



NEUES AUS DER WELT DER AUSBILDUNG, PREISRÄTSEL

Metalldetektoren im II. Staatsexamen

Die in Deutschland für Richter gemeinsame Prüfung ist das II. juristische Staatsexamen. Wie aus einer Entscheidung des Verwaltungsgerichtshof München hervorgeht (v. 8.4.2024, 7 CS 24.567), werden Kandidaten im Prüfungsraum durch Gerichtswachmeister einer Untersuchung durch Metalldetektoren unterzogen – damit sollen Smartphones entdeckt werden. Im entschiedenen Fall hatte der Kandidat sich kurz vor der Untersuchung vom Prüfungssaal entfernt; obwohl in der Toilette keine Smartphones entdeckt wurden, wurde seine Klausur mit 0 Punkten benotet. Dagegen klagte er mit Erfolg. Ein guter Start in den Anwaltsberuf!

Gesucht wird der Unterschleifer - Preisrätsel

Die einschlägige bayerische Vorschrift (§ 11,1 JAPO) lautet: „Wer versucht, das Ergebnis einer Prüfung durch Unterschleif ... zu beeinflussen, dessen Arbeit ist mit der Note ‚ungenügend‘ (0 Punkte) zu bewerten.“

Wer übersetzt „Unterschleif“ in die italienische Sprache am besten? Es gibt eine Ausgabe „Dolce/de Luca, Italienisches Arbeitsrecht“ zu gewinnen. Bayerische Staatsangehörige und deren Verwandte sind von der Teilnahme ausgeschlossen. Einsendeschluss ist der 30.11.2025.

Ausbildung von Referendaren EU-weit zulässig

Der europäische Gerichtshof hat mit Urteil vom 3.4.2025, C-807/23 eine für die Ausbildungspraxis von Referendaren und Praticanti praxisrelevante Entscheidung getroffen. Es hat festgestellt, dass die österreichische Rechtsanwaltsordnung gegen den Grundsatz der Arbeitnehmerfreizügigkeit verstößt, indem sie vorsieht, dass die Ausbildung größtenteils in Österreich zu absolvieren ist; selbst dann, wenn die Ausbildung genauso gut bei einem österreichischen Rechtsanwalt in einem anderen Mitgliedstaat erfolgen könnte.

Dies dürfte insbesondere zum Umdenken der italienischen Rechtsanwaltskammern führen, die eben-

falls auf eine überwiegend im Inland durchzuführende Ausbildung bestehen.

Kongress zur Hochschulbildung in Ferrara

Das Alexander von Humboldt-Kolleg beschäftigt sich vom 29.-31. Mai 2025 in der Hochschule von Ferrara mit der vergleichenden juristischen Ausbildung Deutschland-Italien. Für alle klassischen juristischen Berufe war ein Panel vorgesehen; Rodolfo Dolce leitete das zur Ausbildung der Rechtsanwälte, die nach wie vor von der Trennung der juristischen Berufe nach dem Universitätsexamen (Italien) und dem sogenannten Einheitsjuristen (Deutschland) geprägt ist. Dem Gastgeber, Herr Prof. Dr. Alberto De Franceschi, ist es gelungen, hochrangige Wissenschaftler und Praktiker aus beiden Ländern einzuladen; sowohl die Vorträge wie auch die anschließenden Diskussionen war mehr als aufschlussreich. Sobald die Ergebnisse veröffentlicht werden, werden wir das unter Angabe der Fundstelle mitteilen!

DIRITTO PROCESSUALE CIVILE INTERNAZIONALE

Italia: riformata la procedura di mediazione

A differenza della Germania, in Italia la procedura di mediazione è obbligatoria in molti settori del diritto e costituisce condizione imprescindibile per iniziare una causa. Il Decreto Legge n. 216 del 27.12.2024 ha introdotto una serie di innovazioni. Tra le altre cose, la durata del procedimento è stata estesa da tre a sei mesi, possono essere concesse ulteriori proroghe dei termini, la procedura è stata ulteriormente digitalizzata e il patrocinio a spese dello Stato è stato esteso anche alle parti straniere.

In questo contesto, va segnalata una decisione del Tribunale di Napoli (N. 3507/2025), secondo cui un titolo esecutivo (Decreto Ingiuntivo) emesso dal tribunale deve essere annullato a seguito di un'opposizione del debitore, che contesta il mancato avvio della mediazione da parte del creditore.

Italia: ammessi come prova i messaggi WhatsApp

Una parte convenuta si era opposta all'uso dei messaggi WhatsApp in un procedimento giudiziario, riportandosi al "codice di amministrazione digitale", che richiede determinate forme per le dichiarazioni che hanno valore legale. La Corte di Cassazione, tuttavia, ha confermato la propria giurisprudenza secondo cui gli estratti della cronologia delle chat generati dalle "schermate" di WhatsApp rientrano nell'ambito dei mezzi probatori ammissibili ai sensi dell'art. 2712 c.c. e ha quindi respinto le obiezioni. I messaggi WhatsApp sono quindi pienamente ammissibili come prova nei procedimenti civili italiani (Cass. Civ. Sez. II, 17 gennaio 2025, n. 1254).

PEC: le notifiche del fisco sono sempre valide

A differenza di quanto stabilito per le notifiche tra privati, le notifiche del fisco sono valide in Italia se effettuate tramite PEC, anche se questa è piena o inattiva. Anche se il destinatario ha fornito un indirizzo PEC errato, l'amministrazione fiscale può effettivamente notificare l'atto a questo indirizzo (sentenza della Corte di Cassazione del 13 febbraio 2025 (n. 3703).

Corte Costituzionale tedesca: troppe pressioni del Tribunale volte a costringere le parti ad accordarsi possono giustificare un'istanza per parzialità del giudice

Una delle principali differenze nei procedimenti giudiziari tra Italia e Germania continua ad essere il comportamento del giudice. Al giudice italiano, simile a una sfinge, difficilmente si può chiedere un'indicazione del suo parere giuridico preliminare, mentre il giudice tedesco bombarda le parti con "pareri giuridici preliminari" per spiegare a una parte che ha poche possibilità e che quindi dovrebbe accordarsi, e per spiegare all'altra parte che potrebbe avere più possibilità, ma che prima deve aspettare un'assunzione di prove costosa, che il tribunale non effettuerrebbe certo così rapidamente. Poiché in seconda istanza le cose potrebbero andare diversamente, anche questa parte dovrebbe accontentarsi.

La parte che vuole ottenere un giudizio in Germania deve essere in grado di sopportare questa pressione psicologica, e la Corte Costituzionale tedesca ha ora stabilito che il Tribunale di Monaco di Baviera ha esagerato, minacciando le parti con un processo molto lungo se non si fossero accordate. La

richiesta di ricusazione dei giudici non disposti a prendere una decisione era inizialmente fallita presso la Corte d'appello di Monaco, ma il successivo ricorso costituzionale ha avuto successo: la Corte Costituzionale tedesca (con decisione del 3 marzo 2025, 1 BvR 750/23 e 1 BvR 763/23) ha riscontrato una violazione dell'art. 101 (1), 2. 103 (1) della Costituzione tedesca.

Partecipazione di un giudice di Francoforte ad un'udienza in videoconferenza disposta dal Tribunale di Firenze

Nel quadro di una causa ereditaria pendente a Francoforte, il giudice aveva richiesto in via rogatoria al Tribunale di Firenze l'assunzione di una prova ai sensi del Regolamento Europeo n. 1783 del 2020. Al fine di dar impulso alla rogatoria, è stato quindi richiesto al giudice di Firenze di fissare un'udienza in videoconferenza, cui avrebbe potuto partecipare anche il giudice di Francoforte, al fine di meglio definire l'oggetto della prova da assumere. L'udienza ha visto quindi la partecipazione dei due giudici e ha avuto un decorso molto ordinato, grazie anche agli avvocati delle parti che hanno potuto anche svolgere la funzione di interpreti.

Zweisprachiges Personal Arbeitnehmerüberlassung



Tel.: 0049 · 69 · 1310666
info@dlwfrankfurt.de

ULTIME DAL MONDO DELLA FORMAZIONE, CONCORSO A PREMI

Metal detector nel secondo esame di Stato

L'esame comune per tutte le professioni giuridiche in Germania è il secondo esame di Stato. Come risulta da una decisione della Corte amministrativa di Monaco di Baviera (dell'8 aprile 2024, 7 CS 24.567), i candidati vengono sottoposti a un controllo con metal detector da parte degli ufficiali giudiziari nella sala d'esame, al fine di individuare eventuali smartphone.

Nel caso in questione, il candidato si era allontanato dalla sala d'esame poco prima dell'ispezione; sebbene non siano stati trovati smartphone nei bagni, il suo esame è stato valutato con 0 punti. Il candidato in questione ha presentato ricorso contro tale decisione, che è stato accolto. Un buon inizio per la sua carriera di avvocato!

Concorso a premi: Si cerca l'"Unterschleifer"

La norma bavarese in questione (§ 11,1 JAPO) recita: "Chiunque tenti di alterare il risultato di un

esame mediante "Unterschleif" ... sarà valutato con il voto "insufficiente" (0 punti)."

Chi traduce meglio in italiano il termine "Unterschleif"? In palio c'è una copia dell'opera "Dolce/de Luca, Italienisches Arbeitsrecht (Diritto del lavoro italiano)". Sono esclusi dalla partecipazione i cittadini bavaresi e i loro parenti. Il termine ultimo per l'invio delle risposte è il 30/11/2025.

Formazione dei praticanti ammessa in tutta l'UE

Con sentenza del 3 aprile 2025, C-807/23, la Corte di Giustizia ha emesso una sentenza rilevante per la pratica formativa dei praticanti e dei "Referendare". La Corte ha infatti statuito che gli Ordini degli Avvocati austriaci violano il principio della libera circolazione dei lavoratori, in quanto prevedono che la formazione debba essere svolta prevalentemente in Austria, anche se potrebbe essere svolta in modo altrettanto valido presso un avvocato austriaco in un altro Stato membro.

Ciò dovrebbe portare in particolare a un ripensamento da parte degli Ordini degli Avvocati italiani,

che insistono anch'essi su una formazione da svolgersi prevalentemente nel proprio Paese.

Congresso sulla formazione universitaria a Ferrara

Nel convegno biennale dell'Associazione Italiana Alexander von Humboldt dal all'Università di Ferrara 29 al 31 maggio 2025 si è discusso della formazione giuridica comparata tra Germania e Italia. Si è svolto un panel per tutte le professioni giuridiche classiche; Rodolfo Dolce ha presieduto quello dedicato alla formazione degli avvocati, che continua ad essere caratterizzata dalla separazione delle professioni giuridiche dopo la laurea (Italia) e dal cosiddetto giurista unico (Germania). Il padrone di casa, Prof. Dott. Alberto De Franceschi, è riuscito a invitare accademici e professionisti di alto livello provenienti da entrambi i Paesi; sia le relazioni che le discussioni che ne sono seguite sono state molto stimolanti. Non appena saranno pubblicati i risultati, ne daremo comunicazione indicando la fonte!

VERBRAUCHERRECHT UND DATENSCHUTZ

Schulnoten für Versicherungen

Vergleichsportale helfen Verbrauchern, werbende Unternehmen untereinander zu vergleichen. Check 24 ist in Deutschland dafür Marktführer und vergibt deutsche Schulnoten (1 = sehr gut, 6 = grottenschlecht). Die Versicherung HUK-Coburg, die offensichtlich nicht immer optimal bewertet wurde, warf Check 24 vor, es würde unzulässige vergleichende Werbung betreiben. Die Noten erweckten den Eindruck, nach einem klaren und objektiven Maßstab vergeben zu werden – tatsächlich sei jedoch unklar, nach welchen Kriterien die Bewertungen zustande kommen würden.

Der EuGH (Urt. v. 08.05.2025, Az. C-697/23) entschied, dass Check24 Versicherungen weiterhin mit Noten bewerten darf. Die von HUK-Coburg aufgeführten Grundsätze gelten nur für vergleichende Werbung zwischen Mitbewerbern und da Check 24 keine eigenen Versicherungen anbieten würde – das muss vom Landgericht München noch bestätigt werden – würden die für Konkurrenten geltenden strengen Maßstäbe nicht gelten.

Immaterieller Schadensersatz bei Kontrollverlust eigener Daten

Hat ein Verbraucher Anspruch auf Schmerzensgeld, wenn er (nur) Anlass zur Befürchtung hat, dass seine Daten zweckentfremdet verwendet werden? Bisher

waren sich die deutsche und die italienische Rechtsprechung einig, dass ein konkreter Schaden dargelegt werden muss und die Annahme eines immateriellen Schadens in Form von negativen Gefühlen wie Befürchtungen oder Ängsten nicht ausreichen würde (so zuletzt auch BAG v. 17.10.2024, 8 AZR 215/23). Jetzt hat der BGH eine Kursänderung vorgenommen (Urteil vom 18. November 2024 - VI ZR 10/24):

Zur Entscheidung lag in einem sogenannten Leitentscheidungsverfahren - d.h. bindend für viele anhängige Rechtsstreite - ein „Scrapingfall“: Im Jahr 2021 wurden Daten von rund 533 Millionen Facebook-Nutzern im Internet veröffentlicht. Unbekannte konnten die Daten abgreifen (engl. „to scrape“, indem sie automatisiert und in großem Umfang Telefonnummern über die Kontakt-Import-Funktion hochgeladen haben. Wenn eine Telefonnummer mit einem Profil verknüpft war, wurden die öffentlichen Informationen des Profils und die Telefonnummer zusammengeführt, abgegriffen und schließlich im Darknet zum Kauf angeboten. Der BGH erkannte ohne konkreten Nachweis eines Schadens für den einzelnen Nutzer einen Schadensersatz von 100 Euro an.

Der EuG, das Gericht der Europäischen Union, das in einigen Rechtssachen als erstinstanzliches Gericht bei Rechtsstreitigkeiten gegen Europäische Einrichtungen angerufen werden kann, ist noch einen Schritt weiter

gegangen: Ein deutscher Staatsangehöriger nahm an einer Konferenz zur Zukunft Europas teil, die von der Kommission veranstaltet wurde. Gerade dieser Veranstalter, der tugendhaft über den europäischen Rechtsschutz wachen müsste, duldete die Übertragung der Teilnehmerdaten zu Facebook U.S., in dem es die Option „mit Facebook anmelden“ einrichtete. Der Mann sah sich daher der Gefahr von Zugriffen der Sicherheits- und Nachrichtendienste der Vereinigten Staaten ausgesetzt, weil die USA kein angemessenes Datenschutzniveau böten, und forderte hierfür 400 Euro immateriellen Schadensersatz - die das Gericht ihm auch gewährte (EuG, 08.01.2025, T-354/22). Die Entscheidung ist nicht rechtskräftig, die Kommission hat am 17.03.2025 Rechtsmittel eingelegt.

Einen Überblick über diese in vielen Punkten streitige Rechtsfrage bietet Paal, in seinem Aufsatz in NJW 261/2025 „Immaterieller Schadensersatz beim Kontrollverlust über personenbezogene Daten“. Dem Autor war die EuG Entscheidung noch nicht bekannt; er vertritt die Auffassung, dass der EuGH weiterhin auf die Darlegung eines konkreten Schadens bestehen sollte und dass der BGH in seiner 100-Euro-Entscheidung den EuGH falsch verstanden habe, in dem es die Angst über den Kontrollverlust als einen solchen Schaden festgestellt habe.

Es bleibt spannend!

VERTIEBSRECHT

Grimassenscheidendes Emoy 🤨 keine Willenserklärung

Ein Käufer wartete auf seinen bestellten Ferrari – er kam nicht. Dafür schickte der Verkäufer eine Ankündigung, dass sich die Lieferzeit verlängern würde. Der Käufer antwortete darauf mit einer E-Mail mit einem 🤨. Der Verkäufer sah hierin eine gewisse Verärgerung aber immerhin eine Zustimmung durch den Käufer. Anders das OLG München (11.11.2024, 19 U 200/24); die Entscheidung ist interessant, weil sie grundsätzlich bestätigt, dass der Erklärende seinen Willen rechtsverbindlich auch durch Piktogramme kundtun kann; verschiedene Emoyos werden in ihrem Erklärungsgehalt kommentiert, u. auch das beliebte 🤨. 🤨 würde aber Nervosität, Verlegenheit, Unbehagen oder Peinlichkeit ausdrücken, in dem entsprechenden Fall aber jedenfalls keine Zustimmung. Der Käufer durfte vom Vertrag zurücktreten.

Italienisches Handelsvertreterrecht: Ist ein Influencer als Handelsvertreter einzustufen?

Am 4. März 2024 erließ das Gericht von Rom ein wegweisendes Urteil (Urteil Nr. 2615/2024), das potenziell tiefgreifende Auswirkungen auf den digitalen Marketingsektor und das Tätigkeitsfeld der Influencer haben könnte. In seiner Entscheidung stellte das Gericht fest, dass Influencer, die Produkte über soziale Medien bewerben, unter bestimmten Umständen als Handelsvertreter gemäß Artikel 1742 des italienischen Zivilgesetzbuches (Codice Civile) eingestuft werden können.

Geklagt hatte ein Unternehmen, das im Bereich des Online-Verkaufs von Nahrungsergänzungsmitteln und weiteren Produkten tätig ist. Hintergrund

war eine Prüfung des Arbeitsinspektorats, das die Influencer als Handelsvertreter qualifizierte und das Unternehmen zur Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen sowie weiteren Sanktionen aufforderte. Es sei darauf hingewiesen, dass in Italien im Gegensatz zu anderen Ländern das Unternehmen verpflichtet ist, einen Teil der Sozialversicherungsbeiträge für seine Handelsvertreter abzuführen.

Das Unternehmen verteidigte sich mit der Argumentation, dass Influencer nicht als Handelsvertreter im rechtlichen Sinne betrachtet werden können. Ihrer Tätigkeit liege eine gelegentliche und nicht dauerhaft stabile Beziehung zugrunde, sodass der typische Handelsvertretervertrag hier nicht zutreffe. Zudem betonten sie, dass Influencer keinerlei vertragliche Verpflichtung hätten, den Abschluss von Verträgen zu fördern, sondern vielmehr in völliger Freiheit und ohne bindende Verpflichtungen agieren würden.

Das Arbeitsinspektorat vertrat jedoch die Auffassung, dass Influencer eine klare Verkaufsförderstätigkeit ausübten, die mit der Arbeit eines klassischen Handelsvertreters vergleichbar sei. Besonders hervorzuheben war, dass die Vergütung der Influencer unmittelbar an die von ihnen erfolgreich vermittelten Bestellungen gekoppelt war. Diese Entlohnungsstruktur, so das Arbeitsinspektorat, entspreche eindeutig den Merkmalen eines Handelsvertretervertrags im Sinne des Zivilgesetzbuches. Darüber hinaus bewei-se die regelmäßige und andauernde Zusammenarbeit zwischen den Influencern und dem Unternehmen den stabilen Charakter der Beziehung, der für einen Handelsvertretervertrag erforderlich sei.

Das Gericht von Rom wies die Klage des Unternehmens ab und entschied, dass Influencer, die über sozia-

le Medien Produkte bewerben und eine Vergütung auf Basis der von ihnen erfolgreich vermittelten Bestellungen erhalten, rechtlich als Handelsvertreter gemäß den Bestimmungen des italienischen Zivilgesetzbuches einzustufen sind. Das Gericht stellte klar, dass die wiederkehrende und kontinuierliche Zusammenarbeit der Influencer mit dem Unternehmen den stabilen Charakter der Beziehung belege, der für das Vorliegen eines Vertrags erforderlich sei.

Dieses Urteil könnte weitreichende Konsequenzen für die Praxis des Influencer-Marketings und den digitalen Marketingsektor insgesamt haben. Unternehmen, die mit Influencern zusammenarbeiten, müssen sich bewusstwerden, dass sie möglicherweise verpflichtet sind, diese als Handelsvertreter im rechtlichen Sinne zu behandeln. Dies würde nicht nur die Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen umfassen, sondern auch die Einhaltung der einschlägigen Bestimmungen des Handelsvertreterrechts.

Handelsvertreter: neuer Tarifvertrag (AEC) für den Handelssektor

Am 4. Juni 2025 wurde der neue Tarifvertrag (AEC) für den Handelssektor unterzeichnet. Mit diesem Vertrag wurde der vorherige Vertrag aus dem Jahr 2009 überarbeitet und es wurden bedeutende Neuerungen in den Beziehungen zwischen Handelsvertretern und Auftraggebern eingeführt. Zu den wichtigsten Änderungen zählen die Anerkennung von Provisionen auch für Online-Verkäufe, die Aktualisierung des FIRR (Fond für Abfindungsguthaben) und die Einführung von Entschädigungen für Personengesellschaften. Weitere Details finden Sie im nächsten Newsletter!

CONSUMATORI

Voti per le assicurazioni

I portali di comparazione aiutano i consumatori a confrontare le compagnie. Check 24 è leader di mercato in Germania e assegna voti tedeschi (1 = ottimo, 6 = insufficiente). La compagnia assicurativa HUK-Coburg, che ovviamente non ha sempre ottenuto un punteggio ottimale, ha accusato Check 24 di pubblicità comparativa non autorizzata. I punteggi davano l'impressione di una valutazione basata su uno standard chiaro e oggettivo, ma in realtà non era chiaro quali criteri fossero utilizzati per determinare le valutazioni. La Corte di giustizia europea (sentenza dell'8 maggio 2025 nella causa n. C-697/23) ha stabilito che Check24 può continuare a valutare le compagnie assicurative con dei punteggi. I principi richiamati da HUK-Coburg si applicano solo alla pubblicità comparativa tra concorrenti e poiché Check24 non offre proprie polizze assicurative - questo deve ancora essere confermato dalla Tribunale di Monaco - non valgono i rigidi standard applicabili ai concorrenti.

Danni morali per perdita di controllo sui dati personali

Il consumatore ha diritto a un risarcimento del danno immateriale se (solo) teme che i suoi dati ven-

gano utilizzati per scopi diversi da quelli previsti? In passato, la giurisprudenza tedesca e italiana concordavano sulla necessità di dimostrare la presenza di un danno l'ipotesi di danno immateriale derivante da paura o ansia non era sufficiente (da ultimo anche la decisione del BAG del 17.10.2024, 8 AZR 215/23).

La Corte Federale Superiore tedesca ha ora cambiato rotta (cfr. sentenza del 18.11.2024 - VI ZR 10/24): in un "caso di scraping"; è stato deciso in un cosiddetto "leading case", indi vincolante per molte liti in corso.

Nel 2021, i dati di circa 533 milioni di utenti di Facebook sono stati pubblicati sul Dark Internet. Sconosciuti sono stati in grado di raccogliere i dati caricando automaticamente i numeri di telefono su larga scala attraverso la funzione di importazione dei contatti. Se un numero di telefono era collegato a un profilo, le informazioni pubbliche del profilo e del numero di telefono venivano unite, intercettate e infine messe in vendita sul darknet. Il BGH riconosceva un risarcimento pari a 100 Euro per il singolo utente, senza necessità di una prova concreta del danno.

Il Tribunale dell'Unione europea, che in alcuni casi può essere chiamato in causa come tribunale di prima istanza nelle controversie legali contro le istituzioni

europee, ha fatto un ulteriore passo avanti: un cittadino tedesco ha partecipato a una conferenza sul futuro dell'Europa organizzata dalla Commissione. Proprio questo organizzatore, che dovrebbe vigilare virtuosamente sulla tutela giuridica europea, ha tollerato il trasferimento dei dati dei partecipanti a Facebook U.S.A., impostando l'opzione "log in with Facebook". L'uomo si è quindi visto esposto al rischio di accesso da parte dei servizi di sicurezza e di intelligence degli Stati Uniti, perché gli USA non offrono un livello adeguato di protezione dei dati, e ha chiesto un risarcimento di 400 Euro, riconosciuto dal tribunale (CGUE, 8 gennaio 2025, T-354/22). La decisione non è passata in giudicato, la Commissione ha presentato appello il 17.03.2025.

Paal fornisce una panoramica sulla questione, per molti aspetti controversa, nel suo articolo su NJW 261/2025 "Danni immateriali in caso di perdita di controllo sui dati personali". L'autore non era ancora a conoscenza della decisione della CGCE ed è dell'opinione che la CGCE continui a insistere sulla presentazione di un danno concreto e che il BGH abbia frainteso la CGCE nella sua decisione da 100 Euro, in cui ha stabilito che il timore della perdita di controllo è un danno di questo tipo.

Resta tutto da vedere!

DISTRIBUZIONE

Emoji che fa una smorfia 🙄: Nessun assenso

Un acquirente era in attesa della Ferrari che aveva ordinato e che non arrivava. Il venditore gli inviò invece una comunicazione in cui lo informava che i tempi di consegna sarebbero stati prolungati. L'acquirente rispose con un'e-mail contenente un 🙄. Il venditore interpretò questo gesto come un certo disappunto, ma comunque come un consenso da parte dell'acquirente.

Diversamente invece il Tribunale regionale superiore di Monaco di Baviera (11.11.2024, 19 U 200/24); la decisione è interessante perché conferma in linea di principio che il dichiarante può manifestare la propria volontà in modo giuridicamente vincolante anche tramite pittogrammi; vengono commentati diversi emoji nel loro contenuto esplicativo, tra cui anche il popolare 🙄. 🙄 esprimerebbe nervosismo, imbarazzo, disagio o imbarazzo, ma in ogni caso, nel caso in esame, non esprimerebbe consenso. L'acquirente ha potuto dunque recedere dal contratto.

Agenzia commerciale: l'influencer può essere un agente di commercio?

Il 4 marzo 2024 il Tribunale di Roma ha emesso una sentenza significativa (Sentenza n. 2615/2024) che potrebbe avere un impatto rilevante sul mondo del marketing digitale e degli influencer. La sentenza ha stabilito che gli influencer che promuovono prodotti sui social media possono essere considerati agenti di commercio ai sensi dell'articolo 1742 del Codice Civile.

La causa è stata avviata da una società che operava nel settore della vendita online di integratori alimentari e altri prodotti. La società ha contestato un verbale di accertamento ispettivo emesso dall'Ispettorato del Lavoro, che aveva qualificato gli influencer come agenti di commercio, imponendo il pagamento di contributi previdenziali e altre sanzioni (si ricorda che in Italia a differenza di altri paesi la società è tenuta al versamento di una parte dei contributi previdenziali a carico dell'agente).

La società ha sostenuto che gli influencer non possono essere considerati agenti di commercio poiché il loro lavoro è di natura occasionale e non stabile, ritenendo che il contratto di "influencer marketing" è atipico e non rientra nello schema del contratto di agenzia. Inoltre l'influencer non ha un obbligo giuridico di promuovere la conclusione di contratti, agendo liberamente e senza vincoli.

L'Ispettorato riteneva che gli influencer svolgono una vera e propria attività promozionale di vendita, simile a quella degli agenti di commercio. Il compenso degli influencer è determinato dagli ordini direttamente procurati e andati a buon fine, il che rientra nella definizione di agenzia commerciale. La continuità e la stabilità delle collaborazioni degli influencer con la società dimostrerebbero la sussistenza di un rapporto duraturo di agenzia.

Il Tribunale di Roma ha respinto il ricorso della società stabilendo che un influencer che promuove prodotti sui social media e riceve compensi basati sugli ordini procurati è da considerarsi agente di commercio. La continuità della collaborazione dell'influencer con la società comprova il carattere stabile del rapporto che va pertanto qualificato quale rapporto di agenzia.

Tale sentenza potrebbe avere implicazioni significative per il settore del marketing digitale e degli influencer. Le aziende che collaborano con influencer potrebbero essere tenute a versare contributi previdenziali e rispettare le normative relative ai contratti di agenzia.

Agenti di commercio: nuovo Accordo Economico Collettivo (AEC) per il settore commercio

In data 4 giugno 2025 è stato sottoscritto il nuovo Accordo Economico Collettivo (AEC) per il settore del commercio. Con tale accordo è stato revisionato il precedente accordo del 2009 e sono state introdotte significative novità nel rapporto tra agenti di commercio e aziende mandanti. Tra le principali modifiche, si evidenzia il riconoscimento delle provvigioni anche sulle vendite online, l'aggiornamento del FIRR e l'introduzione di indennità per le società di persone. Ulteriori dettagli saranno disponibili nella prossima newsletter!



NEUES AUS EUROPA

Auskunftsrecht bei Bonitätsprüfungen

Algorithmen und jetzt auch die KI entscheiden oft über das Zustandekommen von Verträgen, wenn eine automatisierte Bonitätsprüfung einer Vertragspartei erfolgt. Verläuft die Prüfung negativ, so wundert sich die betroffene Partei oft über die Ausschlusskriterien.

So erging es einer österreichischen Verbraucherin, deren Telefonvertrag mit Hinweis auf die negative Bonitätsbeurteilung durch Dun und Bradstreet nicht mehr verlängert wurde. Sie wandte sich an die zuständige Datenschutzbehörde, die von Dun und Bradstreet Auskunft über die angewandten Prüfungskriterien verlangte. Dun und Bradstreet verweigerte die Auskunft und bezog sich auf ihr Geschäftsgeheimnis.

Der EuGH (27.02.2025, C-203/22), dem die Sache vorgelegt wurde, entschied verbraucherfreundlich. Gemäß Art. 15 I, h EuGVVO muss der Verantwortliche das Verfahren und die Grundsätze, die bei der Prüfung zur Anwendung kommen, so beschreiben, dass die betroffene Person nachvollziehen kann, welche ihrer personenbezogenen Daten im Rahmen der automatisierten Entscheidungsfindung auf welche Art verwendet wurden; für die Erfüllung der Erfordernisse der Transparenz und der Nachvollziehbarkeit könnte dafür eine Information ausreichen, in welchem Maße eine Abweichung bei den berücksichtigten personenbezogenen Daten zu einem anderen Ergebnis geführt hätte. Der schlichte Bezug auf einen Algorithmus ist jedenfalls unzureichend.

ULTIME DALL'EUROPA

Diritto all'informazione sui criteri del rating

Gli algoritmi e ora anche l'IA spesso decidono sulla conclusione dei contratti quando viene effettuato un controllo automatizzato sulla solvibilità della parte contraente. Se il controllo è negativo, la parte interessata è spesso irritata e sorpresa dai criteri di esclusione.

È il caso di una consumatrice austriaca il cui contratto telefonico non è stato più rinnovato a causa della valutazione negativa del credito da parte di Dun and Bradstreet. La donna ha contattato l'autorità competente per la protezione dei dati, che ha chiesto a Dun and Bradstreet informazioni sui criteri di valutazione applicati. Dun and Bradstreet si è rifiutata di fornire le informazioni e ha fatto riferimento al suo segreto aziendale.

La Corte di giustizia europea (27.02.2025, C-203/22), a cui è stato sottoposto il caso, ha dato ragione al consumatore. Ai sensi dell'art. 15 I, h GDPR, il responsabile del trattamento deve descrivere la procedura e i principi applicati nella valutazione in modo tale che l'interessato possa capire quali dati personali sono stati utilizzati nel processo decisionale automatizzato e in che modo; per soddisfare i requisiti di trasparenza e tracciabilità, potrebbero essere sufficienti informazioni sulla misura in cui uno scostamento nei dati personali presi in considerazione avrebbe portato a un risultato diverso. Il semplice riferimento a un algoritmo è in ogni caso insufficiente.

DOLCE · LAUDA

RECHTSANWÄLTE · AVVOCATI

Partnerschaftsgesellschaft mbB



Arndtstraße 34-36 · D-60325 Frankfurt am Main
Tel: +49 69 92 07 15-0 · email: info@dolce.de

Via Visconti di Modrone 38 · I-20122 Milano
Tel: +39 02 76 8 10 29 · email: dlmi@dolce.it

Viale Verdi 15 · I-41121 Modena
Tel: +39 - 059 - 439 17 37 · email: dlmo@dolce.it

Werastrasse 22 · D-70182 Stuttgart
Tel: +49 711 236 42 91 · email: info@dolce.de

Ridlerstraße 33 · D-80339 München
Tel: +49 89 599 186 26 · email: info@dolce.de

Via Amendola 104 · I-70126 Bari
Tel: +39 - 080 512 99 49 · email: dlba@dolce.it

Via Mantica 7 · I-33100 Udine
Tel: +39 - 0432 295134 · email: info@dolce.de